



Stetshabender Abonnementspreis in Breslau 2 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 Sgr. 16 Egr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Egr.

Condition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Buchdrucker Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 133. Morgen-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 19. März 1868.

Warschau-Breslau.

Wenn man es nicht allzu bestimmt wüßte, man würde es geradezu unglaublich finden, daß zwischen Warschau und Breslau keine directe Eisenbahnverbindung stattfindet. Während diese Provinzial-Hauptstädte in gerader Linie kaum mehr als 40 Meilen von einander entfernt sein werden, führt bisher die kürzeste Eisenbahn-Verbindung zwischen denselben auf dem Umwege über Kattowitz und eine Länge von 67 1/2 Meilen. Vor wenigen Wochen war noch Aussicht vorhanden, eine Zweigbahn zwischen der Rechten-Oberruferbahn und der Warschau-Wiener Bahn in der Richtung von Kolonowsta nach Czestochau entstehen zu sehen, welche nach ihrer Ausführung den Weg bis auf 56 1/2 Meile verkürzt haben würde. Dieser Plan ist inzwischen an Hindernissen anscheinend völlig gescheitert, und wenn die Bevölkerung der beteiligten Gegenden sich nicht eifrig rührt, wird der Weg noch lange Jahre unter Umständen zurückgelegt werden müssen, welche die sprichwörtliche Redensart „Auf die Meile fünf Viertel machen“ noch als eine euphemistische erscheinen läßt.

Die Bedeutung, welche Breslau in früheren Zeiten als Stapelplatz für den polnischen Handel, als Markt, ja als Absteigequartier für die polnischen Käufer bis zu den höchsten Schichten herauf gehabt hat, ist mehr und mehr im Abnehmen begriffen. Mag man die Schuld hiervon zu einem wesentlichen Theile auf den russischen Zolltarif und das russische Zollverfahren abwälzen, so ist doch der Mangel an ausreichenden Communications-Mitteln ein sehr wesentlicher Factor. Die Eisenbahn von Warschau über Bromberg nach Berlin hat einen erheblichen Theil der Handelsverbindungen von Breslau nach Berlin abgelenkt. Die Berliner Interessen erheben sich von jeder einer größeren Begünstigung seitens der entscheidenden Behörden, als die einer Provinzial-Hauptstadt, allein es ist nicht zu verkennen, daß auch von schlesischer Seite nicht die erforderliche Energie aufgewandt ist, um diese Lebensfrage günstig entscheiden zu sehen.

Im Jahre 1862 bildete sich ein Comité, um eine Eisenbahn von Breslau nach Warschau in der Richtung über Kalisch herzustellen. Wind und Wetter schienen dem Unternehmen günstig. Rußland ertheilte nach einigem Zögern seine Zustimmung und hält dieselbe auch jetzt noch aufrecht. Die preussische Regierung genehmigte die Ausführung der Vorarbeiten und diese Vorarbeiten sind beendet. Da erfolgte plötzlich ein Umschlag. Es trat das Gegenproject einer Linie Breslau-Kempen-Warschau auf und den Urhebern dieses Projectes ist zwar Nichts anderes, aber doch das Eine vollständig gelungen, die Leiter der preussischen Handelspolitik gegen die Linie Kalisch einzunehmen und das Fortschreiten des letzteren Projectes zu verhindern.

Es läßt sich sehr wohl die Frage aufwerfen, ob nicht schon im Interesse der Provinzen Posen und Schlesien die Linie über Kalisch vor derjenigen über Kempen wesentliche Vorzüge hat. Es lassen sich ferner mancherlei Zweifel begründen, ob es den Urhebern des Kempen-Projectes mit ihrem Unternehmen wirklich recht völliger Ernst gewesen ist; man muß wenigstens sagen, daß sie sich recht passiv verhalten haben. Wir lassen indeß diese Punkte auf sich beruhen. Wir wollen einmal zugeben, daß im Interesse der beteiligten preussischen Provinzen die Linie Kempen der Linie Kalisch vorzuziehen sei und daß für die Durchführung dieser Linie Alles geschehen sei, was möglicher Weise hätte geschehen können, so bleibt doch Eins fest stehen: Die Durchführung der Linie Breslau-Kempen-Lodz-Warschau scheitert an dem unbedingten Willen der russischen Regierung.

Dieser hinreichend kundgegebene Wille stützt sich auf mehrfache Erwägungen. Eine Bahn von Lodz nach Kempen würde der Warschau-Wiener Bahn in weit bedrohlicherer Weise Concurrenz machen, als eine Bahn von Lodz nach Kalisch. Die Bahn von Lodz nach Kempen würde Gegenden durchziehen, die in industrieller wie landwirtschaftlicher Beziehung gleich unergiebig sind, und mit Ausnahme von Sieradz keine einigermaßen nennenswerthe Stadt berühren, während zwischen Kalisch und Lodz eine große Anzahl kleinerer Fabriorte belegen sind. Endlich kann es der russischen Regierung nicht gleichgültig sein, wenn das 15,000 Einwohner zählende Kalisch, welches schon als Gouvernementsstadt eine wesentliche Bedeutung hat, von einer neuen Eisenbahnlinie unberührt bleibt.

Es bleibt bei dieser Willensrichtung der russischen Regierung nur die Wahl, die Eisenbahn zwischen Warschau und Breslau entweder über Kalisch zu führen oder auf eine directe Verbindung zwischen beiden Städten ganz zu verzichten. Nun schlägt man die Vortheile der Kempen-Linie so hoch an, als man irgend mag, man wird dennoch nie zu dem Resultate gelangen können, daß es besser sei, gar nicht zu bauen, wenn man nicht über Kempen bauen kann. Nichtsdestoweniger hat der Handelsminister noch in einem Rescripte vom 1. Februar, was wir seiner Zeit mitgetheilt, ausgesprochen, „daß die in Vorschlag gebrachte Linie über Kalisch nach Warschau die Gefahr hervorruft, daß nach Herstellung einer dann kaum vermeidlichen Linie zwischen Kalisch und Lissa die Verkehrsbewegung aus und nach dem Königreich Polen von der Provinz Schlesien abgelenkt wird.“

Dies Gespenst einer Linie Kalisch-Lissa ist in der That der einzige Gegner, welchen die Linie Kalisch-Breslau hat. Es soll durch erstere der polnische Handel von Breslau ab und nach dem 65 Meilen entfernten Leipzig gezogen werden. Nun ist in der That Berlin ein gefährlicher Concurrent für Breslau und hat sich in seiner Gefährlichkeit in den letzten Jahren hinreichend erwiesen. Die Leipziger Concurrenz kann in keinem einzigen Artikel, auch nicht in Manufacturwaaren Breslau ernstlich bedrohen. Ueberdies würde selbst nach Herstellung der Linie Lissa-Kalisch der nächste Weg von Warschau nach Leipzig noch immer über Breslau führen, so lange, bis auch die allerdings gleichfalls schon besprochene Linie von Hansdorf nach Baugen ausgeführt ist. Und endlich würde eine Linie von Warschau nach Kempen die Linie Lissa-Kalisch gleichfalls nach sich ziehen, die alsdann bis an einen Punkt der Warschau-Breslauer Bahn, etwa bis Sieradz verlängert werden würde.

Der Handelsminister wünscht, den Verkehr der Provinz Schlesien zu schützen, und um diesen Zweck zu erreichen, hindert er das Zustandekommen einer Eisenbahn. Der Zweck ist sehr löblich, das Mittel außerordentlich wohlfeil, allein die Zweckmäßigkeit desselben bezweifeln wir. Da bisher mit Sicherheit anzunehmen ist, daß eine Linie Breslau-Kalisch-Warschau auf eine Concession seitens der preussischen Regierung keine Aussicht hat, so ist seit geraumer Zeit jede auf Herstellung einer solchen Linie gerichtete Thätigkeit völlig erlahmt. Wäre das erwähnte Hinderniß erst gehoben, so würde die Provinz Schlesien gewiß durch

reichliche Capitalzeichnungen an den Tag legen, daß sie in jener Linie keine Gefahr, sondern Vortheil erblickt.

Breslau, 18. März.

Französische Blätter haben bekanntlich mitgetheilt, daß dem Kaiser Napoleon eine Adresse überreicht worden sei, in welcher angeblich 840,000 Hannoveraner die Hilfe Frankreichs zur Herstellung des Welfenreiches anflehen. Nun gab es nach der Zählung von 1861 in Hannover unter 1,888,000 Seelen 943,581 männliche Bewohner, unter ihnen 411,000, welche noch nicht das zwanzigste Lebensjahr erreicht hatten. Wo die 840,000 Unterschriften hergekommen sein sollen, weiß allein Herr Meding, wahrscheinlich figuriren auf denselben 314,000 Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von 1 bis 7 Jahren, für welche ein Pathe die Zeichnung der Namen unternommen hat. Da die allgemeinen Wahlen zum Reichstage und Landtage in Hannover bekanntlich der particularistischen Partei nicht die Majorität verschafft haben, so ist die Angabe über die Zahl der Unterschriften doch das Zeichen einer großen Dummheit.

Im Württemberg'schen scheint nach den Mittheilungen im Mittagblatt der von der Regierung genährte Preußenhaß alle Thaten zu durchbrechen; die Demokraten lassen sich dabei von den Ultramontanen und Conservativen gebrauchen. Derselben Männer, welche früher Jahre lang für das Programm des Nationalvereins: „Einigung Deutschlands unter Preussens diplomatischer und militärischer Oberleitung“ auf das Eifrigste gewirkt haben, treten jetzt, wo das Programm zur Wahrheit werden soll, mit einer wahren Berferkermuth dagegen auf. Und weshalb? Ja, wenn man die Wahrheit sagen soll, muß man antworten: weil die preussische Verfassung und die preussischen Zustände trotz alledem, was wir daran zu tadeln haben, immer noch freier sind als die württembergischen. Das Schlimme dabei ist, daß es in Preußen selbst noch sogenannte „Demokraten“ giebt, welche das unnatürliche Bündniß zwischen Demokraten, Ultramontanen und Conservativen unterstützen.

Im österreichischen Herrenhause ist es in Sachen des Concordats sehr scharf hergegangen. Mit großer Majorität wurden die Petitionen für Aufrechterhaltung des Concordats zurückgewiesen, weil sie nicht an das Haus, sondern an einzelne Cardinale und Bischöfe gerichtet waren. Unsere unten folgende Wiener „Correspondenz“ vervollständigt die Nachrichten, welche wir durch ein Privattelegramm bereits im heutigen Morgenblatte unsern Lesern mitgetheilt haben.

Aus der Schweiz meldet man, daß die Mißstimmung gegen die Uebergriffe der ultramontanen Partei, von denen wir neulich schon einige Proben mittheilten, nun auch in Genf zu Demonstrationen geführt hat. Die Genfer Blätter bekräftigen nämlich, daß die radicale Vorstadt Carouge sich gegen den Clerus erhoben und daß der Gemeinderath in corpore seine Entlassung eingereicht hat, weil der Staatsrath den Freres Ignorantins die Eröffnung einer Schule bewilligte. Die „Suisse radicale“ theilt sogar die Demissions-Eingabe des Carouger Gemeinderathes, unter dessen Mitglieder sich der bekannte radicale Dr. Fontanel, Nationalrath Bantier und Dr. Bux, ebenfalls eine politische Größe Genfs, befinden, wörtlich mit. Sie erklären darin, daß nach ihrer Ansicht die Eröffnung der Schule in Carouge durch die unzufriedenen Brüder die öffentliche Ruhe gefährde, daß sie ihren Committenten Gelegenheit geben wolle, sich über ihre Ansicht auszusprechen, und daß sie den Staatsrath ersuchen, ohne Verzug Maßregeln zu treffen, welche die Interessen des Landes erfordern. — Was die Verfassungsrevision anlangt, so hat die Volksabstimmung über diese Frage im Canton Neuchâtel am vorigen Sonntage stattgefunden. Telegraphischen Nachrichten zufolge ist die Revision durch die Majorität abgelehnt worden.

Die Nachrichten aus Italien lassen es nicht bezweifeln, daß die Wahlsteuer allerdings eine heftige Opposition zu bestehen hat. Indes glaubt man, daß trotz der Abnigung, welche dieser Auflage auch außerhalb der Kammer von Seiten der Massen entgegengesetzt wird, die Regierung doch siegreich aus diesen Kämpfen hervorgehen werde, da die Besteuerung des Einkommens und der Rente andererseits eine so populäre Maßregel ist, daß es dem Ministerium mit derselben gelingen kann, den Widerstand gegen die Wahlsteuer erfolgreich zu bekämpfen. Bemerkenswerth ist, daß in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 10. d. M. Rattazzi entschieden als Führer der Linken aufgetreten ist.

Die französischen Blätter sind namentlich mit Betrachtungen über die nicht nur in Toulouse, sondern auch an mehreren anderen Orten stattgehabten Unruhen, sowie über das Vereinsgesetz angefüllt, dessen Verathung im gesetzgebenden Körper mit raschen Schritten ihrer Erledigung entgegengeht. Was die Ersteren anlangt, so hat besonders Prevost Parabol im „Journal des Debats“ davon Veranlassung genommen, den ungünstigen Einfluß, welchen das allgemeine Stimmrecht auf den Geist des französischen Volkes gehabt habe, einer Beleuchtung zu unterziehen, die wir allerdings für wichtig genug halten mußten, um sie unter „Paris“ unseren Lesern vollständig zugänglich zu machen. Von einem ganz entgegengesetzten Gesichtspunkte geht natürlich die Betrachtung aus, welche Herr Granier de Cassagnac im „Pays“ den Vorgängen in Toulouse widmet und welche mit einem ziemlich albernen Wuthausbruch gegen Preußen schließt. Auch sie haben wir unter „Paris“ mitgetheilt. Einer Widerlegung bedarf dieselbe gewiß nicht und wir glauben im Gegentheil, daß die beste Abfertigung derselben schon durch den Pariser Correspondenten der „N. Fr. Ztg.“ zu Theil geworden ist. Diese sagt nämlich mit treffender Ironie: „Wenn der Redacteur des „Pays“ nicht Granier v. Cassagnac hieße, wahrlich, man könnte glauben, ein Späßvogel habe diese Zeilen in einer nicht gerade glücklichen Minute geschrieben; aber das Oberhaupt der Artaber versteht schon lange keinen Späß mehr.“

Unter den auf das Vereinsgesetz bezüglichen Artikeln der französischen Blätter verdient namentlich ein Artikel von Odyssee-Barot in der „Liberte“ hervorgehoben zu werden, in welchem sich das lebhafteste Gefühl für die Erniedrigung, welche dem französischen Volke aufs Neue angethan wurde, in sehr schöner Art ausdrückt.

„In einigen Tagen“, sagt er, „in den ersten Stunden des Frühlings, trotz Artikel 291 des Code penal, trotz des neuen Gesetzes, das ohne Zweifel schon votirt sein wird, trotz des zweiten Paragraphen des Artikel 1, der die politischen Versammlungen verbietet, zum Hohn des Artikel 2, der über die vorgängige Erklärung von 7 am Ort wohnenden Personen handelt, zum Hohn von Artikel 3, der die Versammlungen unter freiem Himmel unterlag — in einigen Tagen, in den ersten Stunden des Frühlings, wird der Herr Siegelbewahrer aus den Fenstern des Justizpalastes eine tumultuarische und unglückliche Versammlung gewahren können, die sich an einem Orte vereinigt, der weder „geschlossen“ noch „bedeckt“ ist, ohne daß es dem Herrn Polizeipräsidenten gefallen darf, sie zu vertagen, noch dem Herrn Minister des Innern, sie zu verbieten, nach Wortlaut des Artikels 14. Diese Versammlung, ausschließlich zusammengepflegt aus Fremden, aus Heiden, ist periodisch und wird zweimal des Jahres, im Frühling und im Herbst, auf der Place Vendome abgehalten, ohne daß

jedem irgend einer Regierung die Idee gekommen wäre, sie zu verhindern, irgend einem Parlament, sie zu reglementiren, irgend einem Polizeicommissar, dabei „mit seinem Abzeichen bekleidet“ einen „Platz nach seiner Wahl“ (Art. 5) zu beanspruchen und Protokoll aufzunehmen (Art. 6). Sie hat stattgefunden auf Grund eines Unrechtes, das unbestreitbar und unbestritten ist, das aus der Wesenheit der Dinge und aus den Naturgesetzen selbst hervorgeht. Es ist dies das Recht, dessen frei und ohne Hindernisse noch Schranken irgend welcher Art die Wesen genießen, die als Unterthänigkeitsmerkmal die Gesellschaftlichkeit haben; es ist dies das Recht, das man nicht abzusprechen wagen kann, den — Schwalben von der Place Vendome. Es ist dies das Recht, das das am tiefsten gesellschaftlich angelegte von allen Lebewesen, der Mensch, nicht anders soll ausüben dürfen, als mit der Gnadenbewilligung eines Präfecten und unter der Ueberwachung eines Abgeordneten der Behörde.“

Noch schöner indeß sind unlegbar die denkwürdigen Worte, mit denen Odilvier (siehe „Paris“) im gesetzgebenden Körper die Nothwendigkeit der politischen Versammlungen für jedes gebildete Volk nachgewiesen und mit denen er die elenden Verdächtigungen, deren sich die Gegner dieses nothwendigsten aller Volkerechts zu ihrer eigenen Schande noch immer bedienen, als nichts sagende Gemeinplätze dargelegt hat. Sehr schön wies der Redner namentlich darauf hin, daß gerade in den Arbeiterversammlungen sich bisher ein Geist der Ordnung bemerklich gemacht hat, der der sogenannten „guten Gesellschaft“ zumal in unseren Tagen nicht selten gefehlt hat. — Sehr beachtenswerth ist endlich eine von dem National-Ökonomen J. G. Horn in diesen Tagen unter dem Titel „Le bilan de l'Empire“ herausgegebene Broschüre. Dieselbe bespricht nur die finanzielle Frage, aber hier verbreitet sie volle Klarheit über den ungeheuren Steuerdruck und die bedrückend sich mehrende Steuerlast, unter denen der Wohlstand Frankreichs zu erliegen droht. Herr Horn schließt: „Entweder Reform oder Bankrott; ein Drittes ist nicht möglich.“

Aus Spanien berichten die neuesten Blätter, daß die Regierung in der That einen Theil von Aragonien, Navarra und Catalonien in Belagerungszustand erklärt hat, angeblich um dem Schleich- und Schmuggelwesen ein Ende zu machen, wahrscheinlich um Aufständen zuvorzukommen, die auch in diesem nördlichen Theile des Landes drohen, obschon noch kürzlich ein Madrider Telegramm versicherte, daß vollkommene Ruhe im Lande herrsche. Im Süden wüthet inzwischen die Hungersnoth fort. Ein königliches Decret untersagt die Ausfuhr von Getreide aller Art, Mehl und Kartoffeln; eine andere Maßregel, die von zweifelhafter Nützlichkeit sein würde, die zollfreie Einfuhr von Mehlfrüchten aus Cuba, Portorico und den Vereinigten Staaten wird allgemein gewünscht, läßt aber noch auf sich warten. „Uebrigens“ — so bemerkt der Wiener „Wanderer“ zu diesen Nachrichten mit Recht — „war ja die spanische Regierung stets liberal, wie Narvaez in einer neulichen Cortessitzung versicherte; auch habe sie immer Blut „für die Freiheit“ vergossen. Der Doppelsinn dieser Erklärung, der durch den telegraphischen Satonismus noch schroffer zu Tage tritt, ist in hohem Grade ergötzlich. Blut für die Freiheit — allerdings; doch wessen Blut? Doch nur das Blut derjenigen, die für die Freiheit ihr Leben in die Schanze schlugen!“

Deutschland.

* Berlin, 17. März. [Die Reform des Militärgerichts-Verfahrens. — Vermischtes.] Dem Vernehmen nach wird demnächst eine Commission eingesetzt werden, um das preussische Militär-Strafgerichtsverfahren, das durch Art. 61 der norddeutschen Bundesverfassung bei der gesammten norddeutschen Armee eingeführt ist, einer durchgreifenden Reform zu unterwerfen. Das Thatächliche dabei ist, daß nicht wenige Bestimmungen der preussischen Militärgesetzgebung als veraltet und mit der Umwandlung der allgemeinen Rechtsgrundsätze nicht mehr im Einklang stehend betrachtet werden müssen, während sich namentlich in dem durch den erwähnten Artikel der norddeutschen Verfassung aufgehobenen oldenburgischen Militär-Strafgerichtsverfahren, wie nicht minder auch in dem ehemals hannoverschen und braunschweigischen Verfahren durchgehends die neuen Anschauungen in der Rechtspflege besser ausgedrückt und gewahrt fanden. Die Ausgabe würde nunmehr sein, dem neuen norddeutschen Militär-Strafgesetz diese Vorzüge ebenfalls zu sichern, was um so unerlässlicher erscheint, als Sachsen, im Gegensatz zu der zuvor angeführten Bestimmung der norddeutschen Verfassung, unterm 4. November v. J. noch erst ein neues Militär-Strafgerichtsverfahren veröffentlicht hat, das in nicht weniger als 45 einzelnen Bestimmungen von dem preussischen Verfahren abweicht. Ebenso stehen auch Württemberg und Baiern im Begriff, neue derartige Gesetze zu veröffentlichen und selbst Rußland ist Preußen und Norddeutschland auf diesem Gebiete durch den vor Kurzem erfolgten Erlass eines neuen durchaus auf liberalen Principien beruhenden Militär-Strafgerichtsverfahrens zuvorgekommen. — Bekanntlich steht die Verfassung über die gesetzlich den Gemeinden und Kreisen obliegende Verpflichtung zur Unterstützung der Familien der zum Dienste einberufenen Reservisten und Wehrmänner schon für die nächste Session des Reichstages bevor und sollen bei dem betreffenden Entwurf die Erfahrungen des letzten Krieges eine besondere Berücksichtigung gefunden haben. Es waren diese Erfahrungen nichts weniger als durchgehends erfreulicher Natur und wird es demnach jetzt darauf ankommen, die erwähnten Unterstützungen auf bestimmte Normen zurückzuführen, welche eine Beeinträchtigung der durch dies Gesetz ins Auge gefaßten Verpflichtung in keiner Weise mehr zulassen und zu jener Unterstützung Berechtigten den vollen Bezug derselben sichern. Ebenso wird in der nächsten Reichstags-Session bereits das wichtige Gesetz über die Transportvergütung für die Beförderung der Truppen auf Eisenbahnen seine Erledigung finden und steht die Veröffentlichung der desfallsigen Tarife für den Krieg wie für den Frieden dann unmittelbar zu gewärtigen. — Die neue Unteroffizierschule in Biebrich wird jetzt analog den beiden Unteroffizierschulen in Potsdam und Jülich auf den Stand von 4 Compagnien gesetzt werden. Außerdem aber verlautet, daß noch zwei derartige Anstalten, die eine im Bereiche des 9. oder 10., die andere in dem des 11. Armee-corps vielleicht noch im Laufe dieses Jahres neu errichtet werden sollen. Die mit der neuen Organisation des Ingenieurcorps errichtete 4. Ingenieur-Inspection umfaßt nach den betreffenden neuerdings veröffentlichten Bestimmungen die Provinzen Sachsen, Hannover und Schleswig-Holstein und befinden sich der darin eingetheilten 7. und 8. Festungs-Inspection folgende Festungen resp. fest u Plätze und Befestigungsarbeiten zugewiesen: Magdeburg, Wittenberg, Torgau, Erfurt, Sonderburg, Düppel, Friedrichsort, Rendsburg, wie die Befestigungen an der Elb- und Wesermündung und die Befestigungen an der mecklenburgischen Küste. Die 8. Festungs-Inspection ist dabei nach Schleswig, die 7. nach Magdeburg verlegt worden. — Die sonstigen Befestigungen an der Ostseeküste befinden sich der 1. Ingenieur-Inspection überwiesen.

Berlin, 17. März. [Petitionen. — Die Tabaksteuer. Eisenbahn. — Zolltarif. — Postvertrag mit der Schweiz.] Außer der Enquete-Commission des Bundesrathes tagte heute der Handels-Ausschuß zur Erledigung einer Reihe von Petitionen, welche auf Einführung gemeinsamer Einrichtungen für den gesamten Handel im Gebiete des norddeutschen Bundes gerichtet sind, wie denn überhaupt Petitionen an den Bundesrath massenhaft eingeht. Morgen soll eine Plenar-Sitzung stattfinden. — Die Tabaksteuer-Vorlage ist nunmehr zum Referat vertheilt worden und zwar an den Vertreter Sachsens als Referenten und an den Vertreter Baierns als Correferenten. Die gegenwärtigen Stimmen, welche in Süddeutschland gegen die Vorlage laut werden, haben hier in maßgebenden Kreisen insofern Befremden erregt, als es sich bei dem ganzen Gesetz doch nur um einfache Ausführung einer klaren Bestimmung des Zollvereins-Vertrages vom 8. Juli v. J. handelt, der ja doch von allen gesetzgebenden Factoren angenommen worden ist. Die Motive zu dem Gesetze beginnen denn auch mit Verweisung auf den Art. 3 und § 4 jenes Vertrages und betonen, wie seit 15 Jahren Anträge auf eine veränderte Besteuerung gemacht worden seien, welche an den Modalitäten der Ausführung scheiterten. Uebrigens scheinen die Süddeutschen, welche sich hier befinden und zu der weiteren Entwicklung der Vorlage in Beziehung stehen, keineswegs gegen das Gesetz eingenommen; sie finden im Gegentheil die Erhöhung der Sätze zu niedrig gegriffen und meinen, es lasse sich ein höherer Ertrag namentlich durch Erhöhung des Zolles für importirten Tabak erzielen. Der süddeutsche Tabakbau wird nach ihrer Ansicht wenig von der Vorlage berührt, dagegen beispielsweise die Tabakproduktion in Mecklenburg-Strelitz dadurch fast aufgehoben. — Die Unterzeichnung des gestern erwähnten Staatsvertrages mit Hamburg wegen der Venzla-Donabritzer-Hamburger Eisenbahn wird morgen erfolgen. Demnächst beginnen hier die Regulirungen hinsichtlich der Zollgrenze zwischen Hamburg und Holstein. — Als eine der nächsten Vorlagen für den Bundesrath des Zollvereins wird ein Entwurf, betreffend die Vereinfachung des Zolltarifes bezeichnet. Der hier von dem Finanz- und Handels-Ministerium gemeinsam bearbeitete Entwurf bezieht hauptsächlich auf Vermehrung der zollfreien Artikel und Herabsetzung von Zöllen, namentlich für Lebensmittel u. s. w., ganz im Sinne der Denkschrift der Königsberger Kaufmannschaft und der daraus hervorgegangenen Beschlüsse des Ausschusses des deutschen Handelstages, welche nach der bezeichneten Richtung hin an dieser Stelle ausführlich zur Zeit mitgetheilt worden sind und die in dem genannten Ministerium bei Ausarbeitung des Entwurfs als Handhabe dienen. Die bereits erwähnte Absicht, auch diese Vorlage an das Zollparlament zu bringen, wird sich verwirklichen. Die Verhandlungen wegen Abschluß eines Postvertrages mit der Schweiz haben heute ihren Anfang genommen. Von Seiten Preussens werden die Verhandlungen durch den General-Post-Director und Geh. Ober-Postrath Stephan geführt.

[Ueber das Verzeichniß der in Preußen] giebt der vom Landes-Oekonomie-Collegium abgefaßte Jahresbericht einige interessante Mittheilungen. Hiernach haben die Hagelversicherungs-Gesellschaften im abgelaufenen Jahre durchweg ungünstige Geschäfte gemacht, ja größtentheils ihre Reserve und selbst Theile der Actien-Capitalien angreifen müssen. Die Summe der Immobilien-Vericherung der öffentlichen Feuer-Vericherungs-Anstalten in Preußen hat 2425 Millionen Thlr. betragen, was pro Quadr.-Meile 536,377 Thlr. und pro Kopf 164 Thlr. ausmacht. Nach den einzelnen Landes-Vertheilen berechnet beträgt die Versicherung in der Provinz Preußen 136 1/2 Mill. Thlr. (115,895 Thlr. pro Quadr.-Meile und 45 1/2 Thlr. pro Kopf), im Pomern 114 1/2 Mill. Thlr. (199,585 pro Quadr.-Meile und 79 1/2 Thlr. pro Kopf), in Posen 95 1/2 Mill. Thlr. (181,581 Thlr. pro Quadr.-Meile und 62 1/2 Thlr. pro Kopf), in Brandenburg 473 Mill. Thlr. (653,356 Thlr. pro Quadr.-Meile und 180 1/2 Thlr. pro Kopf), in Schleisen 154 1/2 Mill. Thlr. (211,556 Thlr. pro Quadr.-Meile und 44 Thlr. pro Kopf), in Sachsen 241 Mill. Thlr. (476,432 Thlr. pro Quadr.-Meile und 106 Thlr. pro Kopf), in Westfalen 206 Mill. Thlr. (361,476 Thlr. pro Quadr.-Meile und 123 1/2 Thlr. pro Kopf), in der Rheinprovinz 305 1/2 Mill. Thlr. (627,064 Thlr. pro Quadr.-Meile und 175 1/2 Thlr. pro Kopf), in dem ehemaligen Königreich Hannover 216 Mill. Thlr. (309,116 Thlr. pro Quadr.-Meile und 112 1/2 Thlr. pro Kopf), im ehemaligen Kurfürstenthum Hessen 154 1/2 Mill. Thlr. (882,509 Thlr. pro Quadr.-Meile und 206 Thlr. pro Kopf), im ehemaligen Großherzogthum Nassau 88 Mill. Thlr. (1,029,063 Thlr. pro Quadr.-Meile und 188 Thlr. pro Kopf), in den Elberghochthümern 187 Mill. Thlr. (582,181 Thlr. pro Quadr.-Meile und 195 1/2 Thlr. pro Kopf) und in Frankfurt a. M. 42 1/2 Mill. Thlr. (23,268,159 Thlr. pro Quadr.-Meile und 164 Thlr. pro Kopf).

[Ein Brief, den der in Mainz erscheinende „Israelit“ aus Jerusalem erhält,] meldet, daß der Consul des norddeutschen Bundes, Professor Dr. Petermann, bald nach seiner Ankunft dem Rabbi Arich (in Beziehung auf welchen der Abg. Lasker neulich eine Interpellation stellte) die Freiheit gab und den preussischen Consulats-Vertreter, Dragoman Dahud, seines Amtes entsetzte.

Schwerin, 16. März. [Eigenthümliche Auslegung des Freizügigkeitsgesetzes.] Wie unser Feudalminister des Innern, Wegell, das Freizügigkeits-Gesetz auslegt, geht aus folgender Thatsache hervor: Ein Schustermeister einer mecklenburgischen Stadt will nach einer anderen mecklenburgischen Stadt übersiedeln und wendet sich zu

dem Zweck an den Magistrat der letzteren mit der Bitte um Aufnahme als Bürger und Schustermeister und begründet diese Bitte noch damit, daß er selbst in letzterer Stadt heimathlich sei, daß seine Frau von dort stamme und daß er zwar selbst kein Vermögen, aber seinen Hausstand und Mobiliar habe. Vom Magistrat wird darauf seine Bitte mit dem Bemerkten abgeschlagen, daß der Antragsteller ja selbst eingestanden habe, daß er überall kein Vermögen besitze. Der Schustermeister beschwerte sich darauf bei dem Ministerium des Innern. Dieses aber weist ihn mit der Beschwerde ab, indem es bemerkt, daß das Freizügigkeitsgesetz an der früheren Bestimmung, wonach der Nachweis angemessenen Vermögens für Zuziehende nothwendig sei, nichts geändert habe. Wie stimmt damit die Bestimmung des Freizügigkeitsgesetzes, wonach jeder Bundesangehörige an jedem Orte sich aufhalten und unter den für Einheimische geltenden gesetzlichen Bestimmungen Gewerbe aller Art betreiben darf? Unter unserm feudalistischen Regiment ist das Freizügigkeitsgesetz ohne alle Bedeutung. Es wird die höchste Zeit, daß dasselbe durch ein freisinniges Gewerbegesetz, wie solches von der Linken bereits auf dem letzten Reichstage gefordert ward, ergänzt werde. (Volksztg.)

Altona, 13. März. [Bescheid.] Der nominelle Redacteur der „Schleswig-Holstein. Ztg.“, Herr Dingwort, welcher s. Z. von 19 Mitgliefern der Ritterschaft wegen veröffentlichter Beleidigungen verklagt und zu 1900 Thlr. Geldstrafe verurtheilt und über dessen Habe und Güter nach nicht erfolgter Zahlung die Concurs-Erklärung erkannt wurde, hat vom Kreisgericht in Altona den Bescheid erhalten, daß der über seine Güter erklärte Concurs wieder aufgehoben sei. (H. N.)

Stuttgart, 14. März. [Ueber die bereits im gestrigen Mittagblatt erwähnten argen Excesse, welche bei einer Wählerversammlung in Degerloch gegen den Candidaten der deutschen Partei, Kaufmann Gustav Müller, von Anhängern der Volkspartei begangen wurden, meldet die „Schw. B. Z.“ noch folgendes Nähere: Gleich beim Eintritt in den Versammlungssaal wurde Herr Müller von Hochs auf Oesterreich und Rufen, gut württembergisch bleiben zu wollen, empfangen. Im Laufe der von dem Candidaten gehaltenen Rede steigerten sich die Unterbrechungen fortwährend, die hauptsächlich von Zimmerleuten aus einem benachbarten Orte ausgingen. Die „B. Z.“ berichtet über den weiteren Verlauf:

„Als ein Begleiter Müllers die anwesenden Degerlocher energisch aufforderte, ihrer eigenen Wählerversammlung Achtung zu verschaffen, brach ein völliger Sturm los. Unter unbändigem Gebrüll: Wir wollen österrödisch werden, nicht preussisch! Hinaus mit den Preußen! Seht muß noch Blut auf dem Tisch fließen!“ zogen die Zimmergepöhlten ihre Messer und drangen auf die Mitglieder der „deutschen Partei“ ein. Zugleich schrie eine Stimme: Der Zollverein mit Preußen, das ist die schwäbische Kuh, die in Berlin gemolken wird!“

Den Bemühungen des Wirthes, sowie der Frau und Tochter desselben, war es zu danken, daß „kein Blut floss“. Sie warfen sich zwischen die Angreifer und Angegriffenen und es gelang dadurch den Letzteren, die Thür zu erreichen. Allein vor der Thür wurden sie von einem Duzend Genossen der Wüthbringer Zimmergepöhlten erwartet, welche sie mit Schimpfen überhäuften und ihnen in drohender Weise mit Knütteln und Messern nachfolgten.

Die „S. B. Z.“ bemerkt hierzu: „Werden etwa dazu die 10,000 Fl. verwandelt, die von der Regierung zu „Wahlzwecken“ ausgesetzt worden sind? Der Vorfall in Degerloch ist ein erster Ausbruch jener Drachensaat, welche die Regierungs- und Volkspartei in den letzten Wochen so eifrig zu säen bemüht waren und wir müßten uns sehr irren, wenn wir nicht bald von Weiterem vernahmen werden.“ In der heutigen „B. Z.“ verwarft sich Herr Schott gegen den Verdacht der intellectuellen Urheberchaft des Ständes, insofern der ihm zugeschriebene Ausdruck in Betreff der „schwäbischen Kuh“ nicht von ihm herrühre.

Österreich.

Wien, 17. März. [Das Herrenhaus. — Rauscher und die Jesuiten. — Die Couponsteuer.] Das Herrenhaus bot in seiner heutigen Sitzung einen interessanten Anblick. Seit langer Zeit zum ersten Male hatten sich die Prälaten wieder en masse eingefunden; neben dem Cardinal Rauscher und dem Ruthenen-Bischofe Litwihowicz sahen wir die Fürstbischöfe von Brixen und Siedau, den Salzburger Erzbischof, ja sogar den Prager Cardinal Schwarzenberg, der sich doch sonst so sehr mit den Czechen identificirt, daß er seit dem Rücktritte der böhmischen Hochzeiten den Sitzungen ganz fern geblieben ist. Die Schatten der herannahenden Concordatsdebatte lagerten bereits über der Debatte: und da war es denn allerdings sehr charakteristisch, daß kein einziger Erzherzog seinen Sitz im Hause eingenommen. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie hatten keinen Anstand genommen, gerade an dem Tage in corpore zu erscheinen, wo Graf Thun und Consorten durch ihre Abwesenheit zum ersten Male gegen die Staatsgrundgesetze demonstirten. Bei dem Streite um das Ehegesetz dagegen wollen die Erzherzöge, so scheint es, die vollständige

Neutralität beobachten. — Wie traurig, wie unendlich traurig es in Folge des Concordats um die katholische Kirche in Oesterreich bestellt ist, das zeigt so recht die Haltung unseiner Eminenzen, jetzt, wo die Sache Roms ihre besten Kräfte ins Feuer ruft und zu außergewöhnlichen Anstrengungen begeistern sollte. Die Prälaten waren so sicher, stets die Polizei- und Militärgewalt zur Disposition zu haben, daß sie jede geistige Einwirkung für überflüssig hielten und sich auf eine Disposition gar nicht einließen. So bleibt ihnen denn auch jetzt, wo die Staatsgewalt ihnen die brutalen Mittel verweigert, nichts übrig, als Verblüfftheit und die ohnmächtige Verleumdung der blanken Verzweiflung. Die Broschüre Rauscher's gegen das Ehegesetz ist eine blumenreich-dotirte Arbeit, voll hohler Phrasen — und der von dem Cardinal verfaßte Minoritätsbericht der Commission ist einfach ein Brandbrief, der in der parlamentarischen Geschichte ohne Gleichen dasteht. Da finden sich Sätze wie: „Seit anderthalb Jahren wird die katholische Kirche für das Christenthum in Oesterreich als vogelfrei behandelt — keine Lüge ist so frech, kein Mittel der Verhöhnung so schändlich, daß sie nicht frei gebraucht werden dürften — seit sechs Monaten läßt die Regierung diese gefesselte Freiheit nicht nur frei gewähren, sondern unterstützt sie sogar.“ Wenn Haus und Ministerium den Eminenzen solche Sachen passiren lassen, so befinden letztere sich eben schon in dem Stadium, wo sie Mitleid erregen. Niemand ist bei diesen Debatten freit- und schlagfertiger, als der 70jährige Freih. v. Lichtenfels, der sich selbst mit Stolz einen Jesophiner nennt und der die Hoffnung, noch den Tag zu erleben, wo Oesterreich die Bande Roms abschüttelt, förmlich verjüngt. Er brachte heute die Eminenzen in eine ganz unfürsorgliche Lage, als er ihren Plan, noch einen Petitionsturm zu Gunsten des Concordats zu eröffnen, mit der Bemerkung abschchnitt: „nach der Geschäftsordnung dürfen hier nur Petitionen eingebracht werden, die an das Haus adressirt sind; ist das bei diesen der Fall, so sind sie der confessionellen Commission zuzuwenden; wo nicht, nicht.“ Laute Heiterkeit und Bravo's erschollen, als nun constatirt wurde, daß die zu Petitionen geeigneten Severinus-, Gefellen-, Michaels- u. Vereine diese Form vernachlässigt und die Bittschrift an die Pfarrer oder Bischöfe adressirt hatten. Rauscher war von dieser trockenen Abfertigung so alterirt, daß er sehr unparlamentarisch die Ausdrücke „Mundtodtmachen der Kirche“ und „vollendete Ungerechtigkeit“ gebrauchte. Auch seinen alten Gegner Thun brachte Lichtenfels um den geoffenen Effect seines Absagebriefes, indem er eine Resolution votiren ließ, welche die vollste Gleichgültigkeit des Hauses gegen diesen Schritt der Feudalen kundgibt. — Unsere Jesuiten beschuldigen dabei aber noch in ihrer „Gegenwart“ Rauscher der unverzeihlichen Schwäche. Daß sie auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Rom drängen, scheint unrichtig — wohl aber möchten sie Chigi aus Münden als Nuntius nach Wien haben an Falcinelli's Stelle, der dem Erzbischof hier die Hölle nicht heiß genug mache. — Der angelische Protest Gramonts gegen unsere Couponsteuer ist eine eben so müßige Erfindung, wie die Nachricht von der Mission des Frankfurter Senator's Bernus in der gleichen Angelegenheit herber.

Wien, 17. März. [In der heutigen Sitzung des Herrenhauses] erstattete Febr. v. Lichtenfels Bericht über die Erklärung des Herrenhausmitgliedes Grafen Leo Thun in Betreff seiner Abwesenheit von den Sitzungen des Hauses.

Die Mitglieder des Hauses traten dem Vortragenden näher, oder erhoben sich von ihren Sitzen. Das ganze Haus manifestirt die gespannteste Aufmerksamkeit.

Das Schreiben des Grafen Leo Thun lautet im Wesentlichen: Graf Leo Thun anerkennt darin den Rechtsbestand der Verfassung und des nach dieser Verfassung bestehenden Herrenhauses nicht; er hält sich auch nicht für ein Mitglied dieses Herrenhauses, weil er der Meinung ist, daß dieses Haus nicht dasselbe sei, welches im Jahre 1861 auf Grund der Februar-Verfassung gegründet wurde. Der Herr Graf erklärt schließlich, daß er sich nicht für berechtigt halte, in dem gegenwärtigen Herrenhause seinen Platz als lebenslängliches Mitglied einzunehmen.

Die Petitionscommission beantragt, dem Grafen zu erklären, daß eine Einsprache gegen die von Sr. Majestät sanctionirte Verfassung in keiner Weise gestattet werden könne, daß ein Mitglied des Hauses, das aus rechtlichen Bedenken nicht an den Verhandlungen desselben theilnimmt, dazu nicht gezwungen werden könne, daß aber das Haus dasselbe so lange als sein Mitglied betrachten müsse, bis seine Enthebung von dieser Würde durch Sr. Majestät erfolgt sei, und es bleibe daher dem Grafen unbenommen, insofern er auf seinen Anschauungen beharre, bei Sr. Majestät um die Enthebung anzufuchen.

Fürst Colloredo bringt den Antrag der Commission zur Abstimmung. Derselbe wird mit überwiegender Majorität angenommen, nur die Clericalen bleiben sitzen, ebenso einige Polen.

Aus Westgalizien, 16. März. [Agitation der Honvedvereine unter den ungarischen Truppen. — Der galizische Adel gegen Wielopolski und die russischen Liberale.] Die Agitation der extrem-magyarischen Partei für die Errichtung einer Nationalarmee greift bereits über die Grenzen Ungarns hinüber, und bereitet dem Schöpfer des Dualismus, Herrn v. Beust, täglich größere Verlegenheiten. Wenn schon die jüngsten Verhandlungen im Kreise der

Theater.

Dinstag, 17. März. Dilettanten-Vorstellung zum Besten der hiesigen Armen, veranstaltet vom Vaterländischen Frauen-Verein.

Schon am Tage war eine ungewöhnlich rege Bewegung in der Nähe des Theaters wahrzunehmen. Es war ein Festtag für die Bültheändler, wie sie bisher nie erlebt. Man zahlte trotz der sehr hoch normirten Preise das Drei- und Vierfache für die Erlangung eines Billets. Die Bewegung steigerte sich am Nachmittage, wo eine Probe zu den lebenden Bildern stattfand. Zahlreiche Gruppen umstanden das Theatergebäude, um die „Bilder“ auch ohne Entree und Frei-Geldsicht zu sehen. Unvergleichlich aber war der Anblick, wie ihn der Abend innerhalb des Hauses bot. Von einem blühenden Damenstrome gefüllt, dessen Glanz durch die vereinzelten dunklen Männergestalten nur um so mehr gehoben wurde, gleichen die Räume einem Wunderpalaste, in welchem das Auge des Beschauers von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zauberhaft gefesselt wird.

Ueber die Vorstellung selbst ist uns selbstverständlich nur mit Reserve zu sprechen gestattet. Denn auch das begründetste Lob, welches die Kritik zu spenden im Stande wäre, muß hier an Werth verlieren und als banale Schmeichelei gelten, wo ein Tadel unzulässig erscheint. Es wird uns aber um wenigsten erlaubt sein, sämtlichen Mitwirkenden unser aufrichtigstes Compliment zu machen, und das Gefändnis abzugeben, von ihren Leistungen einen wahrhaft künstlerischen Genuß empfangen zu haben. Es waren in der That lauter reizvolle Gaben, welche die hochgeschätzten Damen in ihren Vorträgen boten, und die treffliche und sichere Ausführung mußte um so mehr überraschen, als sämtliche Damen zum ersten Mal auf den schwankenden Brettern erschienen, auf welchem das Lampenfieber heimisch ist. Dafür ist ihnen aber auch ein Tribut zu Theil geworden, wie er nur in diesen Räumen üblich ist, und das berauschende Gefühl eines stürmischen Hervorrufs wird so leicht nicht in ihrer Erinnerung verbleiben. Für die Versammlung selbst wird der genussreiche Abend nicht minder in dauernder Erinnerung bleiben, der einen so edlen Zweck mit so schönen Mitteln erzielt.

Nächst dem Concert, das unter Leitung des Herrn Dr. Damrosch und Mitwirkung der Theaterkapelle mit der Ouvertüre zur „Carmen“

eröffnet ward, brachte der Abend auch sechs lebende Bilder aus der schlesischen Geschichte von außerordentlicher Pracht und seltenem Geschmack in dem Arrangement. Die Bilder, denen ein angemessener Prolog zur Erläuterung voranging, erregten einen solchen Enthusiasmus, daß sie zu wiederholten Malen präsentirt werden mußten. Die Clavier-Begleitung zu den vorgetragenen Liedern hatte Herr Musik-Director Dr. Schäffer übernommen, und der vorzügliche und klangvolle Bechstein war aus dem Magazine des Herrn Th. Lichtenberg geliefert.

Der Vaterländische Frauen-Verein hat ein gutes Werk gethan, dessen reicher Ertrag gar manche Thräne trocknen wird. Ihm, wie Allen, die zu dem Werke der Wohlthätigkeit beigeleitet, als auch der Theater-Direction, die das Haus in uneigennütziger Weise hergeben, sei hiermit ein öffentlicher Dank dargebracht!

Wir benützen diese Gelegenheit, um ein zweites Wohlthätigkeits-Concert, das am nächsten Freitag zum Besten der Suppen-Vereine stattfindet, auf das Angelegentlichste zu empfehlen. Zur Aufführung gelangt unter Direction des Herrn Dr. Schäffer Handels-Oratorium, „Israel in Egypten“, ein mächtiges Werk, das hier lange nicht gehört wurde, und dessen Ausführung durch die Sing-Akademie einen hohen Genuß erwarten läßt. Der rege Wohlthätigkeitsfieber der Breslauer Bevölkerung wird sich hoffentlich auch hier bewähren, und wir zweifeln nicht, den Springer'schen Saal am Freitag Abend in allen Räumen gefüllt zu sehen.

M. Kurnik.

Die Kinderlaube. Illustrirte Monatshefte für die deutsche Jugend. Dresden, Verlag von C. A. Weinhold und Söhne. Wie oft hören wir, wenn die Mutter den Kindern empfiehlt, ein Buch zur Hand zu nehmen, die Antwort: Das hab' ich schon gesehen, das hab' ich schon dreimal gelesen — das schönste Bilderbuch, das ansprechendste, „Geschichten“-Buch wird mißguthum in die Ecke geworfen. Auch das Kind liebt Neues, neue Anregung. Wir machen deshalb mit Vergnügen auf ein periodisches Werk aufmerksam, welches der Kindermwelt gewiß willkommen sein wird. Keine romantische Schauer-geschichten, keine fade oder ermüdende Beschreibungen, keine Bilder, die so zu sagen „über den Horizont“ der kleinen Welt gehen, nein — lebendige, spannende Erzählungen, belehrende, in ansprechender Weise geschriebene Aufsätze, nette Gedichte, Gesellschaftsspiele, Räthsel u. s. w. bilden den trefflichen Inhalt. So glücklich die Schrift, welche auch Holzschnitte und bunte Bilder bringt, die Kinder machen wird, so angenehm wird sie den Eltern und Erziehern als Anknüpfungspunkt für weitere Belehrung werden, so daß wir aus vollem Herzen der Kinderlaube recht weite Verbreitung wünschen.

[General Grant.] Jesse Grant, der Vater „General Grant's“ tritt in den Spalten des „New-York Ledger“ als Biograph seines Sohnes auf, ist aber bis jetzt nur bis zum sechsten Lebensjahre seines Helden gekommen. Schon damals zeichnete sich der spätere Heerführer als Hosenbänder aus. Mit 7 1/2 Jahren schon fuhr er einspännig und ein Jahr später sogar zweispännig, wie der beste Kutscher. In einem Circus ritt er einen türkischen Pony, der keinen Menschen auf sich duldete, obgleich ihm selbst noch ein Affe auf den Rücken sprang, und ritt die Pferde in die Schwemme, auf einem Beine aus ihrem Rücken balancirend.

[Freiwilligen-Examen.] Die „Flensburger Nordb. Ztg.“ berichtet vom jüngsten Freiwilligen-Examen: Frage: Wo war Friedrich der Große König? Antwort: In Frankreich. — Frage: Kennen Sie einen Deutschen Fuß? Antwort: Die Kema. — Frage: Wie weit geht die alte Geschichte? Antwort: Bis zu Friedrich dem Großen. — Daß solche Antworten die Zurückweisung der Bewerber zur Folge haben, ist selbstverständlich. Möge dieses zur Mahnung dienen, die Schulzeit besser zu benutzen.

[Eine Verkörperung des Principes der Nichtintervention.] Wolfgang Menzel erzählt in seiner Geschichte des Krieges von 1866 folgende drastische Anekdote aus dem Mainfeldzuge: „Während des heftigsten Gefechts um Krümmen ging ein Engländer mit seiner Gemahlin unter einem Regenschirm auf dem Verschönerungswege spazieren. Als die Kugeln um die Dame pfeiften, sagte er: „Es sind die Kugeln der Baiern und Preußen“. „Aber, lieber Mann“, bemerkte die Dame, „es ist doch sehr gefährlich“. Er aber erwiderte: „Es geht uns ja nichts an“.

[Die bösen Preußen.] Es leuchtet ein — so schreibt man in sehr gedruckter Stimmung der „Allg. Ztg.“ aus Thüringen — und ist auch bereits in der „Allg. Ztg.“ des öftern ausgesprochen worden, daß durch das seit zwei Jahren unaufhaltam sich vollziehende Wachsthum der preussischen Macht die deutschen Kleinstaaten, unter ihnen vorab und zumeist die thüringischen Ländchen, an ihrer politischen Bedeutung verloren haben. Doch auch unser großer, zur Sommerzeit von Einheimischen und Fremden so viel besucht Nachbar — der Thüringer Wald — hat einen beträchtlichen Theil seines Schicksals-Nimbus durch eben jene Großmacht eingebüßt. Nach dem Ergebnisse der seit einer Reihe von Jahren vom großen Generalstabe in Berlin vorgenommenen Vermessungen ist es nicht mehr zweifelhaft, daß der Thüringer Wald bisher durchschnittlich um 20 bis 30' zu hoch geschätzt wurde. Die neuesten Messungen haben, um nur von einigen der höchsten und besuchtesten Punkte zu reden, den Bergen: großer Beerberg eine Herabwürdigung von 3063' auf 3027', dem Schneepfopf von 3040' auf 3010', dem Jnselberg von 2855' auf 2820' und dem Gebirgskopf Oberhof von 2522' auf 2483' eingetragen.

ungarischen Delegation die tiefe Kluft aufgedeckt, welche in der Armee-frage die fanatischen Magyarer von dem Meinungsdruck der deutsch-slavisches Bevölkerung Oesterreichs scheidet, so gesellen sich in neuester Zeit zu jenem Treiben der Exhonerats und ihres Anhangs noch andere Symptome, welche ganz geeignet sind, die Wiener Regierung — zumal das Kriegsministerium zu einem energischen Einschreiten zu veranlassen. Ich glaube Ihnen nämlich schon einmal mitgeteilt zu haben, daß man kurz nach dem Erscheinen des Journals „Honved“ — das bekanntlich das Hauptorgan der magyarischen Separatisten ist — von Pest versucht hat, jenes Blatt auch unter die ungarischen Offiziere und Soldaten außerhalb Ungarns zu verbreiten, was auch hier in Galizien wahrgenommen worden ist. Dieser Versuch ward aber damals durch ein sehr eindringliches Rundschreiben des früheren Kriegsministers, Feldmarschall-Lieutenant v. John, an alle Truppen-Commandanten vereilt, denen bei persönlicher Verantwortung befohlen ward, das Journal „Honved“ unter den Offizieren und Soldaten nicht zu dulden. Es scheint aber, daß gegenwärtig den Honvedvereinen die Zeitumstände zur Verdoppelung ihrer Propaganda günstiger dünken als damals, und so hören wir denn wieder von neuen Anläufen, die von Pest zur Verführung und Demoralisierung der ungarischen Soldaten gemacht werden. Wie uns eben mitgeteilt wird, sind Offiziere der in Galizien stehenden ungarischen Regimenter abermals Exemplare des Journals „Honved“ und Pränumerations-Einladungen zugegangen, wo unter Anderem hervorgerufen wird, „jeder patriotische ungarische Soldat müsse dieses Blatt lesen, weil es für die höchste Ehre der Nation — für die Errichtung einer Nationalarmee einsteht, ohne welche Ungarn eine Chimäre und wehrlos der Laune seiner für den Augenblick allerdings gedemüthigten Feinde preisgegeben sei!“ — Journal und Pränumerations-Einladungen sind namentlich den Husaren-Regimentern „Württemberg“ und „Haller“ zugegangen, aber es ist selbstverständlich, daß die Pester nur an Offiziere und Unteroffiziere magyarischer Nationalität sich gewendet habe. Es freut uns indeß, constatieren zu können, daß Perczel, Madarasz und Genossen auch bei den ungarischen Offizieren ihre Absicht nicht erreicht haben, denn jene setzten sofort ihre Regiments-Commandeure von der verhänglichen Sendung in Kenntniß. — Die Czartoryski'sche Partei, die zumal unter dem Adel Galiziens einen großen Anhang zählt, scheint bezüglich der Reformpläne Wielopolski's in Polen sehr bestürzt, und bietet Alles auf, um die Absichten des Marquis zu vereiteln. Vor einigen Tagen sind in Krakau und Lemberg vertrauliche Versammlungen seitens des Adels gehalten worden, die gegen die Tendenzen Wielopolski's und der russischen Liberalen gerichtet gewesen.

Italien.

Florenz, 15. März. [Zum französischen Pressbestechungs-Scandal.] Die „Italie“ veröffentlicht einen langen Brief Crispi's, worin er nachweist, daß die Stellen in seinen Briefen an La Varenne im Jahre 1860, welche im „Pays“ veröffentlicht worden sind, verändert worden und nicht mit dem Original übereinstimmen. Seine Worte im Briefe vom 23. Juli lauteten wörtlich:

„Wir haben den „Siecle“, welcher der Sache Italiens in edler Art ergeben ist, denn sie vertritt die Sache der Nationalitäten. Wir haben auch die „Opinion nationale“, die für uns und mit uns ist. Es ist nicht mehr die Zeit, wo wir nöthig hatten, um die Einrückung einiger Zeilen in die großen Pariser Journale demüthig zu betteln. Sicher brauchen wir noch immer Schriftsteller, wie Sie, theurer Herr, nicht um die öffentliche Meinung aufzuklären, aber wohl um sie gegen die Sophismen der Anhänger des Friedens um jeden Preis zu schützen und durch alle Mittel, welche Ihre Gesetze über die Presse erlauben, begreiflich zu machen, daß es in Europa erst dann Frieden geben werde, wenn Italien den Rang eingenommen haben wird, der ihm unter den Großmächten gebührt.“

Ferner macht Crispi darauf aufmerksam, daß er am 3. August 1860 Unterstaatssecretär ohne Portefeuille gewesen sei, keinen Gehalt bezogen und keine Gelder zu seiner Verfügung gehabt habe. Die Sendung von 2000 Francs an La Varenne sei auf Befehl des Prodictors Desprez gemacht worden. Crispi versichert, sein Land und seine Partei würden nie über einen einzigen Act seines Lebens zu erröthen haben, und man könne Italiener und Demokrat sein und seine Stirn in der Mitte der Anklagen hoch tragen.

[Zur Couponssteuer.] Die beifälligen Vorstellungen der französischen Regierung gegen die beabsichtigte Couponssteuer haben schließlich ihren Eindruck nicht verfehlt, und unsere Regierung hat sich dazu verstanden, diese Steuer fallen zu lassen. Damit aber nun nicht alle italienischen Besitzer von Renten die Ausbezahlung ihrer Rinsen im Auslande bewerkstelligen lassen, um dieselben in baarem Gelde statt in Papier zu erhalten, will die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen, nach welchem alle ausländischen Renten-Inhaber ihren Namen auf ihre Obligationen setzen müssen. Wer sich diesem nicht unterwerfen will, muß die Steuer bezahlen. Herr Nigra hat übrigens hieher gemeldet, daß die französische Regierung eben solche Vorstellungen auch in Wien gegen die daselbst schon eingeführte Couponssteuer erhoben hat. Es fragt sich nur, wie lange man in Paris selbst ohne eine solche Maßregel auskommen wird, wenn man nach der jetzigen Weise fortwirthschaftet.

Rom, 10. März. [Der Paps] ist vorgestern bei der Ceremonie der sirtinischen Kapelle nicht erschienen. Er war unwohl und bedurfte der Ruhe. Die zahlreichen Fremden, die sich dort drängten, um ihn zu sehen, haben sich über seine Abwesenheit beunruhigt gezeigt. Uebri-gens wiederholt jetzt der Paps vor aller Welt, daß, welches auch die Stürme seien, die vielleicht im Begriffe sind, gegen das Patrimonium Petri loszubringen, er nicht mehr Rom verlieren kann, selbst nicht für eine kurze Zeit. Er hat dies laut in Gegenwart aller Prediger und Pfarrer von Rom erklärt, und die Sprache des Cardinals Antonelli, des Grafen Sartiges und des Barons v. Arnim stimmen mit derjenigen des heiligen Vaters vollkommen überein. So ermahnt denn auch das „Giornale di Roma“ die französischen officiellen Blätter, ihre Rath-schläge lieber an die italienische Regierung als an die Curie zu richten.

[Das geheime Consistorium zur Creirung der neuen Cardinele wird nächsten Freitag stattfinden. Mgr. Bonaparte wird den Hut auf der französischen Gesandtschaft empfangen, die Mgrs. Verardi und Vorromeo im Quirinal, die Mgrs. Guzzati und Gorella in der Propaganda, Mgr. de Lavalette in der Inquisition. Am Montag wird das öffentliche Consistorium abgehalten werden, und der Hut wird den neuen Cardinen in den Wagen des Papes zugeführt. Das Gerücht geht, daß der Paps den Burpur zugleich einem zehnten Candidaten übertragen werde, dessen Namen er Niemandem offenbart, und für den er eine Wohnung, zwei Wagen und Burpurleistung bestellt habe. Dieser unbekannte Cardinal würde erst am Tage des Consistoriums auftauchen. Man glaubt, es sei ein liberaler Prälat, dessen Creirung, wenn sie im voraus angekündigt worden, einen Sturm in den Reihen des Ordens und der Partei der Jesuiten hervorgerufen haben würde, die heute die absoluten Herren der Lage in Rom sind. Welches ist es der Vater Theiner, der berühmte Verfasser der „Geschichte Clemens XIV.“, welcher ohne den unersöhnlichen Haß der Jesuiten schon lange Cardinal geworden wäre. (R. 3.)

Frankreich.

* Paris, 15. März. [Die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts.] Die Unruhen in Toulouse und anderen Orten veranlassen das „Journal des Debats“ zu Betrachtungen über den Einfluß des allgemeinen Stimmrechts, die nicht eben sehr freudig lauten. Herr Prevost Paradol äußert sich nämlich über den gegenwärtigen öffentlichen Geist in Frankreich dahin:

„Das allgemeine Stimmrecht hat den Schwerpunkt der politischen Macht

bei uns gänzlich verändert. Die aufgestellten Klassen haben zwar nicht das Recht verloren, in gewissem Maße die Handlungen der Regierung zu controliren, aber ihre Meinung kann keinen praktischen Einfluß auf diese Handlungen gewinnen, wenn sie nicht zusammentrifft mit der Meinung der Volksmasse, welche allein eine Majorität für die Wahlen bilden kann. Das allgemeine Stimmrecht, und das ist ja das Wesen der Verfassung, die uns regiert, hindert durchaus nicht die vollziehende Gewalt an der Verfolgung und Ausführung ihrer Absichten, denn die Mehrzahl der Wähler ist wenig im Stande, sie zu beaufsichtigen, sie zu verstehen, und noch weniger, ihren Ausgang vorherzusehen. Dagegen erwacht und erhebt sich das allgemeine Stimmrecht erst, wenn die Unbequemlichkeiten einer Politik, welche es nicht zur rechten Zeit beobachtet noch wirksam controliren konnte, sich nachträglich durch die Steigerung der öffentlichen Lasten unter den für die arbeitenden Klassen besonders fühlbaren Formen der Abgabe und der Metrutung kundgeben. Dann aber empfindet sich die Volksmeinung zu spät gegen die Nothwendigkeit selbst; denn die Steigerung der öffentlichen Lasten ist nur das Zeichen einer vorhandenen Lage und bezeichnet nur die neuen und dringenden Bedürfnisse des Landes. Welcher Unterschied aber zwischen dem Zustande des Landes oder besser gesagt, dem Zustande der Geister, in unseren Tagen und in der Vergangenheit, wenn wir nur vierzig Jahre zurücksehen! Im Jahre 1830 waren es nicht die Steuern noch die Metrutung, welche die Geister bewegten und die Strahlen der Hauptstadt mit Blut bedeckten. Und auch später hatten die traurigen Kämpfe von 1832 und den folgenden Jahren und auch die Februarrevolution, welche uns dahin gebracht hat, wo wir jetzt stehen, eine materielle Beschwerde weder zum Anlaß noch zum Beweggrunde; in diesen beklagenswerthen Bürgerkriegen waren es entweder geistige und moralische Motive oder abentheuerliche Hirngespinnste, welche den Bürgern die Waffe in die Hand drückten, und wenn die Menge sich mit Unrecht ereiferte, so war diese Verirrung doch wenigstens edel in ihrem Grunde und man erkannte darin, wenn auch schwach, etwas von dem erhabenen Geiste Frankreichs. Seitdem ist alles anders geworden, die Geschichte wird nicht ohne Trauer erzählen, daß nach sechzehn Jahren absoluter und der Gleichgültigkeit nur allzu ähnlicher Ruhe die erste Volksbewegung des zweiten Kaiserreichs aus dem Metrutungsgefeß entsprang und aus dem geringen Eifer der französischen Jugend, sich unter die Fahnen zu stellen. So bewährt sich auf's Neue, daß die dauernde Aufrechterhaltung der materiellen Ordnung nicht genügt, um die Geister zu erheben, nicht einmal, um sie auf der Höhe zu erhalten, welche sie unter dem kräftigenden Einfluß der Freiheit erreicht hatten.“

[Ueber die Aushebung der mobilen Nationalgarde] spricht sich das „Pays“ heute in ziemlich feltamer Weise aus; da die Cassagnac's trotz der letzten Begebnisse hohen Ortes noch immer in Gunst stehen, so mag folgende Aeußerung verzeichnet werden:

„Die Metrutung der mobilen Nationalgarde bewerkstelligt sich in ganz Frankreich mit vollständiger Ordnung. Die junge Mannschaft ist vom größten Eifer befeuert, denn das neue Militärgesetz ist für Jedermann ein gewisses Unterpfand des Ruhmes und der Sicherheit. Man muß antinational, antipatriotisch sein, man muß ausländische Regierungen lieben und ihnen zu Diensten sein wollen, um angeben zu können, die junge Mannschaft Frankreichs weiche vor den Möglichkeiten zurück, die man geborgener Mäßen vor-sehen muß. Das Bornestüßnische, welches in Folge der Ereignisse in Deutsch-land und gegenüber den Gewaltthatigkeiten und Drohungen Preußens Frankreich durchlief, beweist klar genug das, was die ganze Nation herbei-wünscht, nämlich in einem gegebenen Augenblicke gerechte Rache nehmen zu können.“

[In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] wurde die Verabreichung über das Vereinsrecht fortgesetzt. Der Berichterstatter Herr Peyrussi verteidigte die Vorlage, welche nach seiner Meinung das äußerste Maß der zuzugewandten Freiheiten enthält. Das Vereinsrecht, sagt er rund heraus, ist in Frankreich verurtheilt und die Nation will es nicht. Der Kaiser habe nach der Ordnung auch die Freiheit wiederherstellen wollen; man müsse ihm in dieser edlen Intention folgen, dabei aber den Schutz der öffentlichen Sicherheit nicht aus dem Auge lassen. Emil Ollivier entwickelt historisch das Vereinsrecht; ohne dieses, sagt er unter Anderem, hätten die ersten Apostel (Paulus in Athen) ihr Amt nicht üben können. Er weist den einschneidenden Unterschied zwischen einem Club und einer politischen Versammlung nach. Der erstere habe den Charakter eines periodisch auf Veranlassung und unter Leitung derselben Persönlichkeiten zusammentretenden Vereins, die Meetings seien dagegen zufällige, vereinzelte, nicht immer von denselben Personen hervorgerufene Zusammenkünfte. Ohne diese gebe es keine wahre Demokratie, keine sichere Ermittelung des Volkswillens, keine politische Erziehung der Nation. In würdiger und scharfer Weise tritt Ollivier den ewigen Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Revolutionen von 1789 und 1848 entgegen. „Sie haben nicht das Recht, sagt er, hies die Urthümer und die Verbrechen jener Zeit herbeizuziehen, ohne ihrer Größe und ihren Wohlthaten die gerechte Anerkennung zu zollen. Sie haben nicht das Recht, uns immer von denen zu sprechen, die 1791 und 1793 die Sache der Freiheit enteignet, ohne auch derer zu gedenken, welche ihr unsterblichen Ruhm verschafft haben. Sie haben nicht das Recht, gegen die Zeit von 1848 aufzuheben und ihr Unglück noch mehr als ihre Fehler zu übertreiben, wenn Sie nicht auch zugleich anerkennen, daß, was man auch sagen möge, 1848 ein ebenso berühmtes Jahr ist, wie 1789. Ver-gessen Sie nicht, daß im Jahre 1848 das allgemeine Stimmrecht, das neue Recht verhängt ward, ohne welches weder Sie Minister, noch Sie, Deputirte, heute in diesem Saale wären. Die Menschheit wird nie der Bürger vergessen, die durch den Volks-Willen mit der Regierungsgewalt be-leidet, mit derselben Fieber die Abschaffung der Sklaverei in der neuen, und der politischen Todesstrafe in der alten Welt unterzeichnet haben. Diese Lobprüche, sagen Sie wohl, sind Gemeinplätze, allein da die Gemeinplätze der Verachtung und der Wegwerfung stets widerstehen, da die Angriffe ewig fortbauern, darf auch die Verteidigung nicht nachlassen. Lassen wir die Revolutionen. Wären sie auch wirklich so schuldvoll, wie Sie fälschlich behaupten, was hat dies mit dem Verfassungsrecht zu schaffen, das wir heute verlangen. Was würden Sie von einem Arzte halten, der gelernt hat, daß man während des Fiebers eine strenge Diät beobachten muß, und der nun auch dem Gesunden sagen würde: „Fassen Sie stets aus Vor-sicht!“ Ollivier weist auf die mehrfachen Arbeiterversammlungen hin, die mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers in neuester Zeit stattgefun-den haben, und die, wiewohl sie manchmal von einigen Tausenden besucht waren, in vollkommener Ordnung vorübergingen. „Man hat die Redner, ohne sie zu unterbrechen, angehört (so bemerkt Ollivier dem unzeitigen Unterbrecher in der Kammer, Marquis de Vire), man gestattet dem Redner seine Ansicht vollständig zu entwickeln, man hebt ihn nicht durch den Ruf nach Schluß aus dem Sattel und läßt ihm völlige Freiheit.“ — Das neue Gesetz läßt weniger Recht, als thatächlich vorhanden war. Es ist die Pflicht derer, welche die Freiheit in der Ordnung, die Freiheit ohne die Revolution wollen, Gesetze dieser Art mit dem größten Nachdruck zurückzuweisen. Die Zeit des weicherzigen Abwartens ist vorüber und der Augenblick manbasser Entschlüsse und Kämpfe gekommen. Das Land muß wissen, daß, wenn es nicht kräftig in sich geht und nicht in bestimmter Form seinen Willen kund gibt, in die constitutionelle Bahn wieder einzutreten, es aus dem Marasmus und der Beunruhigung, in denen es dahinleht, nicht herauskommt. In ihm ist es, sich umzubringen. Wenn es findet, daß wir im Irrthum sind, so mag sich sein Gesicht erfüllen. Wir wenigstens haben unsere Pflicht gethan, und wir werden in der Geschichte den Ruhm haben, bis zur letzten Stunde gekämpft, und aller Hoffnung zuwider hatnädig immer noch gehofft zu haben. — Da die Regierung, obwohl von Ernest Picard freundlichst darum gebeten, auf diese Rede nicht zu antworten für gut be-findet, wird die Generaldiscussion geschlossen.

Es wird hierauf zur Specialdebatte geschritten und zu Art. 1 das Amendement der Vinken: „die Bürger haben das Recht, sich außer auf offener Straße, zu versammeln unter der Bedingung, daß die Ortsbehörde 24 Stunden zuvor davon in Kenntniß gesetzt ist“, ohne weitere Discussion verworfen. Belletan möchte nach dieser Abstimmung allen seinen Freunden raten, diesem Gesetze eine große Gefahr sorgfältig aus dem Wege zu geben und sich lieber nach wie vor auf private Zusammenkünfte zu be-schränken. General Lebretton rath im Gegentheil, dieses großmüthige Ge-setz seines Souveräns mit tiefer Dankbarkeit anzunehmen; er seinerseits ist bereit, dem Kaiser jetzt auf der liberalen Bahn zu folgen. Glais-Bizoin und Jules Fabre weisen darauf hin, daß der Commissionsbericht unter den politischen Materien, welche das Gesetz verpönt, auch die volkswirthschaftlichen Fragen begreife, und sie möchten wissen, ob dahin auch die Fragen der Arbeitslohn, der Volksbibliotheken, der Eisenbahnen von localem Interesse u. s. w. gehören. Staatsminister Rouher spottet der Sorg-falt, mit welcher die Opposition über die Auslegung eines Gesetzes wache, das sie doch abzulehnen entschlossen sei. In der von den Vorrednern gestell-ten Frage behält er der Regierung das Recht vor, zu entscheiden, welche wirth-schaftlichen Angelegenheiten im Vereinswege behandelt werden dürfen und welche nicht; friedliche Erörterungen von Arbeiterinteressen wür-

den stets erlaubt werden, so lange sie nicht in das politische Gebiet übergreifen. Da Herr Jules Fabre nochmals das im vorigen Jahre erfolgte Verbot des Congresses der cooperativen Gesell-schaften berührt hat, so erklärt der Staatsminister: „Ja, die Erlaubniß dazu ist versagt worden. Warum? Weil man in Paris nicht eine vereinzelte Versammlung, eine zufällige Konferenz, sondern einen wirklichen Congress über Cooperativ-Gesellschaften, über ihre Organisation, über die Arbeit, über alle nur dabei in Anregung zu bringenden Fragen abhalten wollte. Wir glaubten denselben nicht gestatten zu dürfen. (Verschiedene Stimmen: Und Sie haben wohlgethan.) Wir hielten es nicht für passend, gerade in einem Augenblick, wo die Regierung und die Kammer durch das Gesetz über die Gesellschaften einen wirklichen Beweis ihrer Sympathie und ihrer Fürsorge für alle diese Organisationen gegeben hatten, diese Fragen von Neuem dis-cutiren zu lassen, damit der Vortheil davon den öffentlichen Ge-walten entzogen würde, die doch allein ein Anrecht auf die Dankbarkeit der Betheiligten hatten. (Wir sehen dieses merkwürdige Bekenntniß der Klarheit halber im Urtext bei: „pour enlever le bénéfice aux pouvoirs publics, qui avaient seuls droit à la reconnaissance des inté-resses.“) Wir wollten keine unnütze und leidenschaftliche Discussion sich eröffnen lassen, und wir haben darum unter unserer Verantwortlichkeit also ge-handelt.“ Herr Rouher fügt bei, daß die Regierung eine ernsthafte (sérieuse) Discussion nicht unterlag haben würde. Eine große belgische Association, die sich schon in Belgien, in der Schweiz und in Italien versammelt, habe die Erlaubniß gehabt, während der Dauer der Ausstellung Versprechungen zu halten. Diefelbe habe es aber vorgezogen, von dieser Erlaubniß keinen Ge-brauch zu machen. Zum Schluß wird noch eine Differenz zwischen Herrn Rouher und dem Berichterstatter aufgedeckt. Ersterer macht den oben angedeuteten mythischen Unterschied zwischen verbottener politischer und erlaubter national-ökonomischer Discussion. Letzterer ist insofern confe-quenter, als er jede national-ökonomische Discussion als eine politische und mithin gemeingefährliche verboten wissen will. Alle Anfragen der Opposition sind nicht im Stande, diese Unklarheit zu zerstreuen, da zuletzt weder Herr Rouher noch Herr Peyrussi irgend eine, geschweige denn eine befriedigende Antwort ertheilen. Artikel 1 wird hierauf, wie bereits bemerkt, angenommen. Die Opposition stimmt dagegen. Von der Majorität erheben sich gegen die Annahme der Kammerherren des Kaisers, Herr d'Abincourt und de Benoist.

[Die Verhandlungen in den Abtheilungen des Senats über das Pressgesetz] scheinen sehr lebhaft gewesen zu sein. Zum Vorsitzenden der Commission, die das Gesetz zu prüfen hat, wurde Marquis La Place und zum Secretär de Richemont ernannt. Es haben sich bereits viele Redner für die Discussion des Gesetzes einschrei-ben lassen, unter anderen die Herren Bonjean und Michel Chevalier für, St. Beuve gegen das Gesetz. Letzterem ist das Gesetz zu reaction-när und man erwartet eine interessante Rede von dem berühmten Akademiker.

[Die Unruhen in Toulouse, Nantes u. — Die Gesell-schaften zur mobilen Nationalgarde.] Der „Etendard“ erklärt es für unrichtig, daß der Präfect von Toulouse nach Paris beschie-den worden sei, und sagt, die Unruhen dort wie in Montauban ständen „ganz vereinzelt“ da; sie seien sofort unterdrückt worden und das Volk habe nichts damit zu schaffen gehabt. In Nantes herrichte in Folge der Aushebung eine gewisse Aufregung und Volksaufruhr durch-zogen die Stadt, indem sie die Marcellaise sangen. Die Polizei schritt nicht ein, und es scheint zu keinen weiteren Unruhen gekommen zu sein.

— In Roubaix haben die Weber einer Fabrik ihre Arbeit eingestellt. Sie durchziehen die Straßen in gedrängten Haufen; es kam bis jetzt jedoch zu keinen ernstlichen Aufregungen. — Bezüglich der Gestellun-gen zur mobilen Nationalgarde in den Departements erzählt man, daß die einberufenen jungen Leute in Trupps von 100—150 vorgeführt werden, und an den ganzen Häusern die Frage gerichtet wird, ob Je-mand körperliche Gebrechen habe. Viele sollen sich dann scheuen, vor-zutreten; eine ärztliche Untersuchung findet angeblich nicht statt. — Das Departement der Seine stellt für die mobile Nationalgarde ein Conting-ent von etwa 18,000 Mann.

[Zur Presse.] Die „Situation“ und der „Figaro“ sind wegen Belei-digung des gesetzgebenden Körpers auf nächsten Freitag vor die letzte Kam-mer des Justizpolizeigerichts geladen. Jules Richard, der Verfasser des in-criminirten Artikels im „Figaro“, wird Frankreich verlassen, ehe das gegen ihn zu fallende, wahrscheinlich sehr strenge Urtheil rechtskräftig geworden sein wird. — Der Artikel der „Situation“, welcher ihr den Proceß wegen Be-leidigung der Kammer zugezogen hat, ist vom 11. März und von Grenier gezeichnet; er bezieht sich nicht auf den Kerkengueu'schen Scandal. Es scheint, daß die Kammer auch den Proceß gegen Kerbueguen zulassen wird. — Das Comité, welchem der neue Chefredacteur des „Constitutionnel“, Hr. Bau-drillart, in der allgemeinen Leistung unterworfen ist, besteht aus den Herren Le Roux (Vizepräsident des gesetzgebenden Körpers), Merimeo (Mitglied des Staatsraths und schon unter Ahiers mit einer ähnlichen Stelle betraut) und Sylvestre de Sacy. Die persönliche Information aus dem kaiserlichen Cabinet soll aufhören und man will dem Blatte überhaupt eine gewisse Selbstständigkeit einräumen. Mit dem neuen Quartal beginnt die Verän-derung.

[Verschiedenes.] Der „Moniteur“ meldet, daß auf Wunsch des kai-serlichen Prinzen, dessen Geburtstag morgen ist, an diesem Tage in allen Lyceen und Schulen des Kaiserreichs der Unterricht ausfallen wird. — Gestern Abend ist Heinrich Bourbon, Bruder des Königs von Spanien, in die Loge Heinrich IV. (Grand Orient) aufgenommen worden. Seiner Aufnahme gingen sehr lebhaft Debatten voraus, an denen sich Brüder von allen Aiten theilnahmen. Der spanische Prinz, der in Paris als Flücht-ling lebt, erhielt die ersten Grade zu gleicher Zeit mit einem schlichten Zim-mermaler. Die ebengenannte Loge zählt aus Abd-el-Kader unter ihre Mit-glieder. — Durch kaiserl. Decret vom 7. d. ist Prinz Napoleon Carl Bonaparte, Capitän im ersten algerischen Tirailleur-Regiments, zum Or-donanz-Offizier des Kaisers ernannt worden.

Großbritannien.

London, 16. März. [In der heutigen Sitzung des Unterhauses] erklärte Northcote auf eine Anfrage Wiliams, daß die Kosten für die Abys-sinische Expedition bis Ende April von der Regierung auf 3½ Millionen Pfd. Sterl. veranschlagt wären, daß aber schon gegenwärtig die Ausgaben die Höhe dieser Summe erreicht hätten. — Bei der Wiederaufnahme der Debatte über die irische Angelegenheit verlangte Morfett die Regelu-ng der agrarischen und der Kirchenfrage, indem er einbringlich die Gefahren einer weiteren Verzögerung darstellte. — Gladstone hielt eine längere Rede über die irische Frage. Er sagte, die Regierung habe sich vollkommen un-fähig bewiesen, den Ernst der Krisis sich vor Augen zu führen. Der Jentia-nismus trete zwar nicht mehr in so gewaltthätiger Weise auf, aber zeige eine zähere Entschlossenheit, als bei früheren Aufständen der Fall gewesen. Der Vorschlag zur Errichtung einer römisch-katholischen Universität sei un-praktisch. Was die irische „Landfrage“ betreffe, so sei er gegen den von Stuart Mill vorgebrachten Plan zur graduellen Verwandlung der Pächter in Grundeigenthümer, befürwortete jedoch, daß den Pächtern für vorgenom-mene Farm-Meliorationen Entschädigung gesichert werde. Die protestantische „irische Kirche“ müsse aufhören, „Staatskirche“ zu sein, und die von der Re-gierung verlangte Aufschub-Gewährung sei lächerlich. Gladstone bringt auf ungehörige Erlebigung der irischen Frage: Er spreche sich für die Zurück-ziehung der von Maguire eingebrachten Resolution aus, welche allerdings dazu geübt, einen ungeheuren Fortschritt in der öffentlichen Meinung her-vorzurufen. Falls der erste Minister der Krone nicht Erklärungen abgebe, die weit verschieden von denen seiner Collegen sein würden, so werde er selber die „irische Kirchenfrage“ vor das Haus bringen. Thaten, nicht Worte seien jetzt nöthig.

Disraeli antwortete: „Die Elemente der gegenwärtigen Krisis, die Suspension der Habeas corpus-Acte, die irische Kirchenfrage, die irische Aus-wanderung, Alles das haben schon unter der Regierung Gladstones bestanden. Er selber sei vorbereitet auf die Behandlung aller dieser Fragen.“ Er ver-theidigte den Plan zur Errichtung einer römisch-katholischen Universität und entwarf eine Uebersicht der ganzen Debatte über die Landfrage, indem er bemerkte, daß er die im vorigen Jahre eingebrachte Bill über diesen Gegen-stand abermals, mit einigen Modificationen, einzubringen gedenke. Er schlug vor, daß die befuß Erhebungen wegen der Frage niedergelegte Commission ihre Thätigkeit fortsetze und empfahl dringend Besorgniß bei der Verathschlagung. In Betreff der „irischen Kirchenfrage“ äußerte der Minister: Es sei eine ernste Sache, ein System zerstören zu wollen, das drei Jahrhunderte gewährt habe, und die Tradition der Politik der Vorväter auf den Kopf zu stellen, und dies obenrein unter dem Einfluße einer Panik. Eine solche Re-volution könne nicht ohne Berufung an die Wähler des Landes vor sich

gehen. Die Aufhebung der irischen Staatskirche könne nur im Wege der Confiscation und Gewaltthat erfolgen. Er lehne es ab, noch in dieser Parlaments-Session die Frage vor das Haus zu bringen. (Die vorgeschlagenen „Resolutionen“ wurden hierauf zurückgezogen. Damit endete die Debatte.)

[Vom Caplande.] Telegraphisch wird aus Plymouth die vom Cap der guten Hoffnung kommende Kunde berichtet, die englische Regierung habe die Absicht ausgedrückt, britischen Schutz und britische Herrschaft auch über die Bafutos auszudehnen. Es hieß, das Protectorat solle durch Anstellung eines britischen Residenten in Moschisch's Hauptstadt eingerichtet werden und würden die Bafutos eine Auflage zu tragen haben, die die Ausgaben für die neue Einrichtung decken könnte.

Provincial-Beitung.

Breslau, 18. März. [Tagesbericht.]

* [Personalien.] Bestätigt: 1) Die Vocation für den Schulamts-Candidaten Dr. Bolmer zum Rector der ersten Mittelschule für Knaben katholischer Confession in Breslau. 2) Die Vocation zu Lehrern an der städtischen Mittelschule für Knaben katholischer Confession in Breslau, a. für den bisherigen Rector der Mittelschule in Ratibau, Dr. phil. Regent, b. für den bisherigen Rector der Knabenschule zu Rosmin, Ellarjst, c. für den bisherigen Lehrer in Lehmgraben, Carl Tschape, d. für den bisherigen Rectorats-Candidaten Stolz, e. für den bisherigen Elementarlehrer Carl Kiedel, f. für den bisherigen Elementarlehrer Baumgart. 3) Die Vocation für den bisherigen zweiten Lehrer Vogel zum ersten Lehrer an einer der städtischen evangelischen Elementarschulen zu Breslau.

* [Der dritte Frauen-Verein] zur unentgeltlichen Vertheilung warmer Suppe an die Armen Neue Tauenzienstraße Nr. 69 ist nun seit dem 12. März in Thätigkeit. Zu seinem Vorstande wurden gewählt: Herr Kaufmann C. Schierer, Frau Kaufmann Kopisch, geb. Nebe und Frau Kaufmann Schierer als Schatzmeisterin. Außerdem gehören dem Vereine als thätige Mitglieder an: Frau Professor Ebert, Fräulein Ebert, Fräulein Freitag, Frau Kaufmann Kopisch jr., Fräulein Kreuker, Fräulein Müllendorf, Baronesse v. Reichenstein, Frau Baronin v. Rose, Frau Zimmermeister Rogge, Frau Professor Schacht, Frau Zimmermeister Spalding, Fräulein Schreiber, Fräulein Schierer, Fräulein v. Scheibner, Frau Kaufm. Voigt, Frau Kaufmann Wolff jr. Von sämtlichen Damen übernehmen täglich zwei oder drei die Beaufsichtigung des Kochens und die Vertheilung der Suppe. Das Entstehen des neuen Vereins und dessen so rasches Ins-Leben-Treten ist den eifrigen Bemühungen des Herrn Polizei-Präsidenten v. Ende, des Kaufmanns Herrn Schierer und der Frau Kaufmann Kopisch geb. Nebe zu danken, welche letztere dem ersten Suppen-Verein bis jetzt 23 Jahre angehört hat. Nur so ist es möglich geworden die Anstalt innerhalb 8 Tagen zu eröffnen, am 1. Tage 80 und am 5. schon 170 Portionen Suppe zu vertheilen. Möge der Sinn für Wohlthätigkeit nicht erlöschen, damit der neue Verein, gleich den Andern in den Stand gesetzt werde, seine Wohlthat dauernd zu verbreiten. Wie vorgenannte Damen bemäht sind um Beiträge, sei es in Geld oder Naturalien, zu werben, so sind auch die Herren Vorsteher jener Bezirke, deren Arme durch den Frauen-Verein Speise erhalten zur Empfangnahme von Lebensmitteln und Zahlungen bereit und zwar: für den Vorwerk-Bezirk der Vorsteher Herr Winkler, Brüderstraße 49, für den Schweidnitzer Anger III. Abth. Herr Knauer, Tauenzienstraße 46, für den Warm. Brüder-Bezirk Herr Schacke, Klosterstraße 66, für den Mauritiusbezirk I. Abth. Herr Priemer, Mauritiuspl. 1, für den Mauritiusbezirk II. Abth. Herr Hornig, Klosterstraße 17.

Δ [Concert.] Gestern Abend 7½ Uhr fand das Concert des Männergesangsvereins Tafelrunde unter Leitung des Herrn Emil Vohr und unter gütiger Mitwirkung des Hrn. A. Volsburg im Musiksaale der Universität statt. Herr Dirigent Vohr, seit Jahren als Leiter von Gesangsvereinen (außer der akademischen Liedertafel) und als tüchtiger Componist, Sänger und Orgelspieler bekannt, leitete mit gewohnter Präcision die Chöre, u. A. den Doppelchor aus Odipus (Mendelssohn). Einige Orgel-Soli: Präludium von Mendelssohn, Adagio von Metel, As-dur Fuge von Bach — wurden von Herrn Vohr exact und schwungvoll ausgeführt. Außer den trefflich vorgetragenen Gesangs-Solts bot das gewählte Programm noch Psalm 91 für Sopran-Solo, Männerchor und Soli, sowie Häfers Hirtenliedern. Den durchweg gelungenen Ausführungen wurde lebhafter Beifall des zahlreichen Publikums zu Theil.

SS [Vermischtes.] Die gestern vom dem Vaterländischen Frauen-Verein im Stadttheater veranstaltete Aufführung von lebenden Bildern hat einen Nettoertrag von circa 1500 Thlr. ergeben. Dazu kommen noch 400 Thlr. durch freiwillige Mehrzahlungen für Billets. Herr Director Vohr hat in humaner Weise für Vergabe des Theaters nur die Tageskosten beantragt, so daß den hiesigen Armen Dank der regen Theilnahme des Publikums eine erkleckliche Summe zugeflossen ist.

Gestern Nachmittag von 12 Uhr bis 1½ Uhr concertirte die Kapelle des 4. Niederst. Inf.-Reg. Nr. 51 auf dem Belvedere unter zahlreicher Theilnahme des Publikums. Wie wir hören, werden die hiesigen Militärcapellen in diesen Mittagsmusiken allwöchentlich abwechseln.

+ [Verhaftungen.] Dem Ritterschaftsbesitzer v. Luyden zu Pawelwitz wurde in der Nacht vom 15. zum 16. dieses Monats ein brauner Jag. Doppel-Bond aus den Stallungen des Dominialgebäudes gestohlen. Dieser Diebstahl wurde sofort bei der hiesigen Criminalpolizei zur Anzeige gebracht und gelang es derselben, den Dieb in dem Sohne eines dortigen Hofarbeiters zu ermitteln, welcher bereits das gestohlene Pferd nach Milititz zu Markte gebracht, und schon an einen Fuhrmann aus Komitz verkauft hatte. Auf telegraphischem Wege wurde nun die Polizeibehörde in Krottschin von diesem Vorfall in Kenntniß gesetzt, durch welches schnelle Verfahren es dieser Behörde auch gelang, den gestohlenen Bond mit Beifall zu belegen. — Bei einem Tanzfränzchen im Deutschen Kaiser wurde einem Dienstmädchen ein Duffelmantel, eine Capotte und ein grauer Muff gestohlen. Die Diebin, eine Freundin des Mädchens, wurde beim Verkauf der gestohlenen Sachen angefaßt und verhaftet. — Auf dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhof gelang es einem der dortigen Wächter, zwei Diebe, welche eben aus einem Getreidespeicher einige Säcke Getreide fortzuschleppen wollten, zu ergreifen. Leider glückte es einem derselben zu entkommen, doch wurde der Entflohene schon gestern von der Sicherheitsbehörde aufgegriffen und verhaftet. — Auf der Brüderstraße benutzte ein Dienstmädchen, während die Hausfrau ans Krankenbette gesesselt war, diese Gelegenheit, ihre Dienstherrschaft an Steinböhlen zu bestehlen und das gestohlene Feuerungsmaterial einer befreundeten Familie zuzuschleppen. Nach dem eigenen Geständnisse der Diebin, das sie bei ihrer Verhaftung abgelegt, war sie von der betreffenden Heilerin durch Verabreichung von Narkotica zu diesem Diebstahl verleitet worden. — Auf der Malergasse war einem dort wohnenden Beamten eine nicht unbedeutende Summe Geldes, sowie mehrere Uhren entwendet worden, ohne daß es gelingen wollte, die muthmaßlichen Thäter zu ermitteln. Der Criminalpolizei glückte es, in Erfahrung zu bringen, daß das Dienstmädchen mit mehreren bekannten Dieben in Verkehr stand, denen es Gelegenheit zu diesem Diebstahl verschafft hatte. Nachdem diese Thatfache festgestellt und das Mädchen ein Geständniß abgelegt hatte, wurden alle Drei verhaftet. — Der Kaufbursche eines Kaufmanns am Ringe, ein bereits vielfach bestraffter Dieb — der sich durch gefälschte Atteste diese Stellung erschliffen, befehlt nun seinen Herrn auf so unverantwortliche Weise, daß er bereits ein förmliches Waarenlager auf der Schuhbrücke errichtet hatte. Gestern jedoch wurde er beim Verkauf von gestohlenen Waaren auf dem Carlshaus durch den dort stationirten Polizeibeamten als verdächtig angefaßt, da er sich über deren rechtlichen Erwerb nicht auszuweisen vermochte. Bei seiner erfolgten Verhaftung stellten sich nun die bereits ausgeführten Diebstähle heraus und wurden auch die in der Waaren-Niederlage vorhandenen gestohlenen Gegenstände vorgefunden, und diese an seinen Principal zurückgegeben.

SS Am Sonntag wurde in dem Hause 20 und 21 auf der Malergasse ein frecher Diebstahl verübt. Das betreffende Haus wird nur von einer einzigen Familie bewohnt und hat außer einer Glashütte, die nach der Malergasse führt, noch einen Ausgang nach den Reichbänken, welcher aber stets verriegelt ist. Am Sonntag Nachmittag hatten sämtliche Bewohner das Haus unter Zurücklassung des Dienstmädchens verlassen, nachdem derselben von der Herrschaft ganz besonders empfohlen worden war, sich nicht zu entfernen, damit das Quartier nicht unbeaufsichtigt bleibe. Als jene um 6 Uhr nach Hause zurückkehrte, sah sie von Weitem das Mädchen in einer lebhaften Unterhaltung mit einem Manne und einer Frauensperson begriffen. Die beiden Personen verschwanden, als sie die Kommenden bemerkten. Das Mädchen wollte denselben nun die Hausthüre öffnen. Dies gelang ihr aber nicht, obgleich sie die richtigen Schlüssel hatte. Die Thüre war von innen verriegelt. Es mußte eine Scheibe eingedrückt werden, um den Riegel fortzuziehen. Als die Bewohner nun endlich eintreten konnten, hörten sie die hintere Thüre heftig zuschlagen. Es war begreiflich, daß unberufene Personen sich im Hause aufgehalten hatten. Leider bestatigte sich sofort auch ein Diebstahl. Der Schreibsecretär in einer Stube der zweiten Etage war erbrochen und umgelegt, um die Wandwand leichter mit dem Steinmeißel bearbeiten zu können. Eine ansehnliche Summe und eine goldene Damenuhr waren ent-

wendet. Außerdem hatten die Diebe eine an der Wand hängende silberne Uhr mitgenommen. Alle anderen Gegenstände, sogar silberne Vögel, ließen sie unberührt. — Das Dienstmädchen ist verhaftet worden.

=f= [Von der Ober.] Seit gestern Mittag ist das Niveau des Stromes im Oberwasser daselbst geblieben und zeigt heut der Oberpegel noch 17 4/4; dagegen ist das Wasser am Unterpegel von gestern zu heute um 5 1/4 gefallen und zeigte zu Mittag dieser Pegel nur 5. — Der Dampfer „Alexander“, Capitän Briktow, ist heut früh 6 Uhr mit 1 Kahn, Steueremann Maibum glücklich hier eingetroffen. Der Schleppplan ist mit Leinwand, Heringen u. dergleichen. Der Dampfer wird diverse Stücker in Ladung nehmen und geht dieserab erst Morgen früh nach Stettin zurück, wo derselbe nach 2 Tagen eintreffen wird. Die Fahrt nach hier hat nur sechs Tage gedauert, trotz daß derselbe bis Rostock 4 Kähne, bis Frankfurt 3 und bis Olgau noch 2 Kähne zu schleppen hatte.

Δ [Schweidnitz, 17. März.] [Zur Saison. — Schulwesen.] Seit uns die Unter-Georg's Direction stehende Schulpflegschaft verlassen hat, sind uns mancherlei andere Kunstgenüsse zu Theil geworden. So bat uns die Leipziger Couplet-Sänger-Gesellschaft aus dem Festsaal in Breslau an mehreren Abenden mit ihren Vorträgen erfreut; Bellachini hat mehrere Productionen aus dem Gebiet der Magie uns vorgeführt. Die Winterreise eilt übrigens ihrem Ende entgegen; mehrere Vereine, die den Zweck ihrer Versammlungen auf die längeren Abende in dieser Jahreszeit beschränken, werden in kurzem ihre Ferien beginnen. Der Quartett-Verein, der nun bereits seit 21 Jahren besteht, beging vor einigen Tagen sein Stiftungsfest durch eine musikalische Aufführung und ein Festschmaus. — Beim Eintritt in die zweite Hälfte der Passionszeit beginnen die Schulprüfungen. Den Anfang macht in nächster Woche die evangelische höhere Töchterchule, die vor 2 1/2 Jahren von der Stadt-Commune begründet wurde, daran schließen sich in den nachfolgenden Tagen die Prüfungen der Knaben- und Mädchen-Klassen der evangelischen Volksschule. Die Knabenklassen der gedachten Klasse werden, wie bereits früher berichtet worden, von Ostern ab durch eine Secta vermehrt. Ob nach dem Plane, der für jetzt angelegt worden, durch diese Erweiterung die evangelische Stadtschule sich zu einer Mittelschule entwickeln können, ein Project, das in einem großen Theile der Bürgeremphörung so lebhaften Anklang gefunden, wird die Zukunft lehren. Im Stadtverordneten-Collegium erhoben sich, als der endgültige Plan vorgelegt wurde, Stimmen des Zweifels und man war von einer Seite nicht geneigt, der höhern Dotation der Rectoratsstelle, die in der Voraussetzung der allmählichen Begründung einer Mittelschule gegeben war, zuzustimmen. Indessen ist die Dotation erfolgt und die Wiederbesetzung erfolgt demnächst durch einen Theologen, der das Rectorats-Examen abgelegt hat.

Z. [Von der hohen Eule, 16. März.] [Zur Charakteristik des höhern Gebirges.] „Euli da kommen sie“ — nicht die Schneepfen meinen wir, ganz andere Zugvögelchen haben wir im Sinn. Da steht der Lehrer einer Schule des höhern Gebirges mit seinem Weibchen vor der Thür, um den ersten milden Lufthauch nach langem grauem Winter zu genießen. Mit sichtlich wohlthätigem Blick schaut er nach allen Richtungen aus, als wolle er die wohlthätige Wirkung, welche er eben erfährt, an der in seinem Gesichtsfeld liegenden Landschaft erkennen. Leider ist da noch wenig Veränderung wahrzunehmen. Noch sind die Berge unter mit großen Massen Schnee bedeckt; die Bäume, der Wald stehen noch grau da; aber man spürt: daß ein mächtiger Zauberer sein Wesen treibt. — Jeden Augenblick erwartet man eine Veränderung zu Ungunsten des verhassten Winters. — „Horch!“ was sind das für Laute, die aus dem untern Thale heraufdringen, klingend wie jauchzende Kinderstimmen. Längst nicht vernommene Laute im Freien. Der Lehrer blickt auf und sein Auge richtet sich freudig strahlend nach der Gegend des Jubsals hin: „Da kommen sie — die Sommer-vögel!“ ruft er heiter zu seinem Weibchen gewandt. — Eben zeigt sich ein anemonartiges, leichtbewegtes buntes Völkchen auf einer der steilen Schneewehen am Wege. — „Rutsch! rutsch!“ geht es in lustigem Wirrwarr — Knaben und Mädchen untereinander, den Schneehügel herunter und, beidi, mit raschem Trab zur Schule fort. Jetzt erblickt der eulende Zug den Lehrer; der hauen wird leiser und sein Schritt gemäßigter. Hat sie der Lehrer beobachtet? Wird er ihnen zürnen? Sieht er jauer? — I nein, sein Gesicht strahlt so mild und freundlich, sieht er doch die Kleinen nach langem Winter wieder das erste Mal. Sie treten zu ihm getrost heran und reichen ihm mit freudigem Gruß die kalten Händchen dar. — Kein Vorwurf kommt über seine Lippe; recht herzlich heißt er seine Lieblinge willkommen und weist ihnen die Thür, damit durch diese das fröhliche Gedenken seinen Eingang halten kann. — Die Schule beginnt. Die Kinder haben sich auf ihre Plätze gesetzt. Der Lehrer sucht nach kurzem Gebet und Ansprache mit Geduld und Sorgfalt nach dem abgerissenen rothen Faden ihres Wissens und Könnens, um wieder anzuknüpfen. — Ach, ein gewiß mühsames und schmerzliches Geschäft! — Aber die Liebe thut ja Wunder, auch sie ist eine Zauberin und weiß besonders auf diesem Gebiete gar liebliche Wälder hervorzuzaubern. — Der Lehrer glaubt — und sein Glaube betrügt ihn nicht, mögen auch die nächsten Tage wieder Schneegestöber und arge Kälte bringen, mögen auch seine Lieblinge auf kurze Zeit noch einmal am Schulbesuch behindert werden.

„Lächle das ist das Wahre!“ Nein, nein! gerade das Falsche ist's für den Gebirgslehrer. — Wohl sieht er seine Kleinen um diese Zeit wieder, aber wie? — Mit Saß oder Tasche behangen das Dorf entlang ziehend und singend. Die Kinder geben noch Sommer. Da wird freilich kein Wetter gekostet und keine Windwebe zu hoch erachtet. Ist es zum Weinen oder zum Lachen? — Muß sich das Gesicht des Lehrers nicht unwillkürlich mit einem Lächeln überziehen, wenn er auf einmal vor seiner Thür stehen hört: „Derr Lehrer hot an luche Wäke, a hot se voll Lutscha fika“ u. d. Na, da er so reich ist, läßt er sich auch nicht an einer Gabe für die Kleinen fehlen. Seine Frau tritt mit einem Korb voll „Vögel“ unter die Singenden, wo für sie zum Lohne zu hören bekommt: „De Frau se wie a Engel! Daß sie Got behütet vor allem Ungelude! Behütet Got! behütet Got, daas se tene Sorge hot.“ — Auch gut.

„Judica, sie sind noch da!“ Hier heißt's: sind sie noch da? Nämlich Schulprüfungsprotokollformulare. Nein! — Nun die müssen besorgt werden. Die Schulprüfung kann nächsten sein. Da hinein, in die Formularhe, bat bekanntlich der Lehrer einen Stoffbericht zu setzen. Was wird er nun schreiben auf die Frage: „Wie viele Kinder während des ersten Schuljahres zu der Fertigkeit, ein leichtes Säckchen zu lesen, nicht gelangen?“ Wir wissen nicht, aber das wissen wir: daß die Schulprüfungen im höhern Gebirge jedenfalls günstigere Resultate herbeiführen würden, wenn deren Abhaltung später stattfände.

Δ [Aus der Grafschaft, 16. März.] [Zustände.] Wenn irgendwo ein zeitiges Frühjahr mit Schnucht erwartet wird, so sind es die im höhern Gebirge liegenden Ortschaften. Der jetzt schon über 5 Monate anhaltende Winter will immer noch nicht scheiden, der Schnee liegt noch massenhaft, und einzelne Striche, welche den Winden ausgelegt waren, sind durch die heftigen diesjährigen Winterstürme auf solche Weise verweht, daß die Häuser bis an die Dachfirste im Schnee vergraben sind. — Ist auch die Bevölkerung an harte und anbauende Winter gewöhnt, und sind ihre Anforderungen an's Leben der allerbescheidensten Art, so hat die allgemeine Geschäftsstagnation und die Abwesenheit der nothwendigsten Lebensbedürfnisse sich diesen Winter doppelt fühlbar gemacht, jener Theil der Bevölkerung, welcher auf den Viebstahl angewiesen ist, war am härtesten betroffen, auch andere Arbeitskräfte lagen müde, hat man sich auch bis jetzt zu erhalten gewußt, so fangen die Besorgnisse erst an, nachdem die Märzsonne die Leute aus den Häusern lockt, dadurch hat aber auch der Handwerker und Geschäftstreibende schwer gelitten. — Von Seiten der Communal-Verwaltungen geschieht das Mögliche um Beschäftigung zu schaffen, aber auf längere Zeit läßt sich dieses hier nicht durchführen, allerdings hofft man, daß jetzt durch anderweitige Unterthützung dieser Zeitpunkt überwinden werden dürfte, bis wieder lohnende Arbeit eintritt. — Die für die Grafschaft dringende Lebensfrage, der Eisenbahnbau, ist wieder veranlagt in Frage gestellt, daß man eigentlich gar nichts weiß, wann, wie, wo, und wer dies unternehmen wird, so wünschenswerth es erscheint dadurch eine zeitweise Beschäftigung hervorzurufen, so liegt die Hauptsache doch darin, daß diese Bahn eine ganze Menge lohnende Arbeiten hervorgerufen wird, die jetzt als werthlos liegen bleiben müssen. — Durch den Bau der Hauptbahn-Strasse hofft ein Theil der Bevölkerung Arbeit zu erhalten, die Hauptbahnung ist jedoch ein günstiger Sommer, der auch für die höher gelegenen Ortschaften einen lohnenden Ertrag ihrer Felder gewährt.

Δ [Trebnitz, 17. März.] [Zur Tages-Chronik.] Die Prüfung der städtischen Knaben- und Mädchen-Institute findet im Laufe dieser Woche auf dem Rathhause statt. Der neue Vorsteher dieses Instituts, Hr. Candidat Schulz, wird sein Amt den 1. April d. J. antreten. — Der Bau des hiesigen Rathhauses beginnt mit Anfang des Monats April, die Räume des Bureau's aus dem alten Rathhause in das Communal-Haus am Ringe, beginnt bald nach Räumung der dortigen Localitäten durch die Mieter. — Schon früher, als die „Kreuzzeitung“ die Nachricht brachte, daß die Assessoren des königlichen Stadtgerichts zu Berlin durch den Herrn Justizminister aufgefordert worden seien, sich um die hieselbst vacant gewordene Kreisrichterstelle zu bewerben, war hier bekannt geworden, daß die Ablehnungen erfolgt seien. Daß an 14 Assessoren, welche diese Stelle abgelehnt, eine Aufforderung ergangen,

sich über die Gründe dieser Ablehnung zu erklären, haben wir erst durch die in Nummer 62 der „Kreuzzeitung“ vom 13. d. M. enthaltene Notiz und heute aus ihrer Zeitung die Verächtlichkeit erfahren, die dem hiesigen gemeldeten Assessoren zu Theil geworden ist. — So viel wir bis jetzt wahrgenommen, haben sich zu den hiesigen Stellen immer zahlreiche Bewerber gefunden, weil einestheils die Nähe von Breslau, dann aber auch der Ort selbst der Annehmlichkeiten recht viele bietet.

Δ [Brieg, 17. März.] [Schulen. — Gewerbeverein.] Nachdem die städtische Schuldeputation über einen Plan zur Reorganisation des hiesigen evangelischen Schulwesens schlichtig geworden, wird derselbe der königlichen Regierung zu Breslau zur Bestätigung überreicht worden. Nach diesem Reorganisationsprojecte sollen die gegenwärtigen evangelischen Freischulen ganz aufgehoben und die Schüler derselben in die Elementarschulen aufgenommen werden. Im October 1850 war, nachdem man im vorangegangenen Jahre das Kopfschulgeld fast ganz aufgehoben hatte, bereits ein Gleiches mit den damaligen „Armen-schulen“ geschehen; aber schon mit dem 1. November 1856 hatte sich die Nothwendigkeit herausgestellt, für durchaus frage und unordentliche Schüler sogenannte „Sonderklassen“ zu errichten, aus denen sich Ende April 1862 bei Gelegenheit der letzten Schul-Reorganisation, nachdem man in der neugebildeten „Oberschule“ und in der Elementarschule wieder ein Kopfschulgeld eingeführt hatte, die gegenwärtig bestehenden Freischulen abermals entwidmeten. Wir sehen also in dieser Beziehung beim jetzigen Reformprojecte eine Wiederholung dessen, was bereits 1850 gescheh, nur mit dem Unterschiede, daß damals nur Beamte und Auswärtige ein Kopfschulgeld für ihre Kinder am hiesigen Orte zu entrichten hatten. — Vorläufig nimmt man an, daß sich nach Aufhebung der jetzigen Freischulen die Elementarschule in eine dreiklassige Knaben- und eine dreiklassige Mädchen-schule theilen würde, die später nach Bedürfnis vierklassig eingerichtet sein könnten. Die vorhandene drei-, resp. zweiklassige Oberschule soll in Zukunft für die Knaben in eine sechs-klassige Bürgerschule, für die Mädchen in eine sechs-klassige Töchterchule erweitert werden. Bürger- und Töchterchule würden sich also sehr bedeutend aus der gegenwärtigen Elementarschule recrutiren müssen. Bei der Bürger- und Töchterchule soll ferner das Schulgeld, wie jetzt bei der Oberschule, auf 10 Gr., bei der Elementarschule wie bisher auf 4 Gr., pro Kopf und Monat festgesetzt werden. Aus dem Mitgetheilten geht also hervor, daß das bisherige dreiklassige evangelische Schulsystem in ein zweiklassiges umgewandelt werden soll. Allein mir will es bedünken, daß man schon bei Eröffnung dieses neuen Schulsystems mit den 2 dreiklassigen Elementarschulen nicht ausreichen wird, oder man wird ein sehr starkes Contingent geradezu als ganze oder halbe Freischüler unter gewissen Verhältnissen in die Bürger- und Töchterchule aufnehmen müssen, wodurch man binnen Kurzem gar leicht wieder zu einer neuen Veränderung sich genöthigt sehen dürfte. Ich wünsche im Interesse der hiesigen Schulen und Commune, daß diese meine Befürchtungen sich als irrig erweisen mögen; allein meine Erfahrungen in solchen Angelegenheiten geben leider jenen Befürchtungen freien Raum, zumal die Verhältnisse im Jahre 1850 im Allgemeinen viel günstigere waren, als die heutigen. Ich erlaube mir dabei nur noch auf den einen Umstand aufmerksam zu machen, daß man jetzt auf vielen Seiten geradezu eine Befreiung vom Kopfschulgeld hoffte. Die neue Reorganisation mit den obenangegebenen Schulgebühren dürfte daher für Viele eine Enttäuschung herbeiführen. — In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins erstattete Kaufmann Müller Bericht über die Resultate der im vorigen Jahre erfolgten Industrie-Ausstellung im hiesigen Gewerbebaue. Hierauf folgte Vorlegung und praktische Anwendung einiger auf der Pariser Ausstellung angekauften Geräthe. Am Schluß hielt Lehrer Tzupik einen Vortrag über die „Geschichte der Buchdruckerkunst“, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde.

□ [Reife, 17. März.] [Bauten. — Industrielles.] Obgleich früher durch die Commune eine Menge schöner und zweckmäßiger Bauten, besonders die Schulen betreffend, angeführt worden ist, so entsteht in diesem Jahre noch ein Gebäude für eine neue Realschule, welche eine neue Fierde der Stadt zu werden verspricht. Außerdem soll noch ein Postgebäude und ein Arsenal gebaut werden, sowie die Fortification eine Menge von Leuten beschäftigt wird, um sowohl angenehme Arbeiten zu vollenden, als auch neue zu beginnen. — Welche Veränderung auch hier die Eisenbahn hervorgerufen hat, geht daraus hervor, daß hier, wo früher Steinbohlen ein ganzlich unbekanntes Ding war, jetzt ganze Wagensüge die Straßen bedecken, und dadurch auch ein Anstoß zur Entwicklung von Industrien in der Nähe gegeben worden ist. — Von diesen sind namentlich hervorzuheben die Thonwaaren-Fabrik in Zschauwitz, deren Produkte von ganz ausgezeichnete Beschaffenheit sind, eine Eleganz und Schärfe in der Form, und eine Reinheit in der Glasur zeigen, die ein schönes Zeugniß für die Güte des Materials als auch von der Sauberkeit der Arbeit abgeben. Sodann die Zuderfabrik in Bielau, die nach den neuesten Principien begründet, bereits in ihrer ersten Campagne ein vorzügliches Product zu liefern vermochte; leider ist von einer Erweiterung von Industrien in der Stadt selbst, durch den Gürtel der Festung einkindert, keine Rede, und obgleich durch die Ueberlassung der früheren Gärten innerhalb des Hauptwall'es Platz gewonnen wurde, so klagt man auch hier über Mangel und über Theuerung der Wohnungen, auch hört man oft die Klage, daß trotz Aufhören der Inundation und der Trodenlegung sämtlicher Festungsgräben, der Nebel über der Stadt nicht recht weichen will.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

— [Breslau, 16. März.] [Fünfte Sitzung der Handelskammer vom 14. d. M.] Bereits vor einiger Zeit hatte die Handelskammer beschlossen, daß in dem amtlichen Coursblatt bei denjenigen Fonds und Effecten, bei denen bisher herkömmlich nur Brief und Geld notirt wurde, in Zukunft die Bezahlt-Course zu notiren seien, sofern Effectengeschäfte zum Abschluß gekommen. Die Ausführung dieses Beschlusses war beanstandet worden, da sich von Seiten vieler Interessenten dagegen Widerspruch erhob. Nachdem inzwischen mehrfache Verhandlungen stattgefunden, ist jetzt in Uebereinstimmung mit der Vörsen-Commission beschlossen worden, daß neben den Brief- und Geldcoursen in einer dritten Rubrik die wirklich bezahlten Course notirt werden sollen, sofern solche angefragt werden. — Die Mittheilungen des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages über seine in jüngster Zeit entwickelte Thätigkeit werden vorgelegt und kommen die Denkschriften über Reform des Zolltarifs und des Zollverfahrens zur Vertheilung. Es können solche im Bureau der Handelskammer eingesehen werden. — Auf Veranlassung des Herrn Oberpräsidenten fragt das königliche Polizei-Präsidium an, ob ein Bedürfnis für die von dem hiesigen landwirthschaftlichen Club projectirte Einrichtung eines „Hypothenkates“ vorhanden sei; die Antwort wird dahin ertheilt, daß, wenn sich die Handelskammer auch keinen Erfolg von einer solchen Einrichtung verspreche, sie doch keine Veranlassung sehe, dem Project entgegenzutreten. — Von dem allgemeinen Theil des Jahresberichts werden folgende Capitel festgesetzt: Bankwesen, Handelstag, Handelskammern, Marienschutz, Telegraphie.

[Breslau, 18. März.] [Alltlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleefaat, rothe matt, ordinäre 11 1/2—12 Thlr., mittlere 12 1/2—13 1/2 Thlr., feine 14—14 1/2 Thlr., hochfeine 14 1/2—15 Thlr., — weiße flau, ordinäre 14—15 1/2 Thlr., mittlere 16—17 1/2 Thlr., feine 18—19 1/2 Thlr., hochfeine 20 1/2 bis 21 1/2 Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) Anfangs fest, schließt ruhiger, gel. 1000 Ctr., pr. März und März-April 72 1/2 Thlr. Br., 72 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 73 1/2 Thlr. bezahlt, schließt 73 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 74 1/2 Thlr. bezahlt, schließt 73 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 73 1/2 Thlr. Br. und Gld.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. März 96 Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. März 60 Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gel. 500 Ctr., pr. März 54 1/2 Thlr. Br., April-Mai 55 1/2 Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. März 93 1/2 Thlr. Br.

Kabdt (pr. 100 Pfd.) wenig verändert, gel. 100 Ctr., loco 10 1/2 Thlr. Br., pr. März 9 1/2 Thlr. bezahlt, März-April 10 Thlr. Br., April-Mai 10 1/2 Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 10 1/2 Thlr. bezahlt, 10 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli —, Juli-August —, September-October 10 1/2 Thlr. Br.

Spiritus fest, gel. — Quart, loco 19 1/2 Thlr. Br., 18 1/2 Thlr. Gld., pr. März und März-April 19 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 19 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 19 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 19 1/2 Thlr. Br., Juli-August 20 1/2 Thlr. Br.

Zint fest.

Die Börsen-Commission.

Schützen- und Turn-Beitung.

pp. [Breslau, 18. März.] Der Jahresbericht des älteren Breslauer Turnvereins für das Vereinsjahr 1. April 1867 bis 1. April 1868 ist soeben durch den Vorstand veröffentlicht worden. Nach diesem Bericht zählt der Verein jetzt 374 Mitglieder, von denen 31 dem Handwerkerverein, 7 der Breslauer Turnerschaft angehören. Ehrenmitglieder zählt der Verein 9. Nach dem Lebensberuf sind Kaufleute 169 oder 45 pCt., Handwerker 64 oder 17 pCt., Lehrer, Gelehrte, Künstler 70 oder 18 pCt., Studenten 37 oder (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.